

109-1/16

MINISTERSTVO NÁRODNÍ BEZPEČNOSTI
ARCHIVNÍ A STUDIJNÍ ODBOR

Číslo

109 - 1/16

Objekt

64 listů 47

64 listů

10.2.2009 Saul

ST S

I. 3.

213-246

Jochen Tostmann
SS-Obersturmführer
Prag VII
U Smaltovny 3.

Vg W. Zaksch Nr. 7
Prag, den 30. November 1939.

P e r s ö n l i c h .

An den

kommissarischen Leiter des Bodenamtes,
z.H. SS-Obersturmbannführer Dr. Bartholomeyczik,

Prag II.

Wenzelsplatz 56.

Betrifft: Organisation des gemeinnützigen Wohnungs-
wesens im Protektorat.

Der Reichsverband gemeinnütziger Wohnungsunter-
nehmen e.V., Berlin, Grossadmiral von Koesterufer, ist die
Dachorganisation sämtlicher Gemeinnützigen Wohnungsunter-
nehmen des Reiches. Der Leiter ist Dr. B r e c h t, der bis
vor 2 Jahren an exponierter Stelle in der katholischen
Aktion stand und heute Parteigenosse ist.

Dr. Brecht bemüht sich seit Anfang dieses Jahres
im Protektorat festen Fuss zu fassen und bedient sich hier-
für des bayerischen Staatssekretärs SS-Oberführer Dauser,
der meines Erachtens die Zusammenhänge nicht kennt. Beide
Herren haben sich bereits persönlich mit Unterstützung
der hiesigen Aussenstelle des Reichsarbeitsministeriums, an
den Staatssekretär SS-Gruppenführer F r a n k gewandt.
Staatssekretär SS-Gruppenführer Frank war durch den SS-
Oberführer von Gottberg über die Zusammenhänge unterrichtet
und hat beide Herren ablehnend behandelt.

Auf Grund einer Besprechung zwischen den SS-
Gruppenführer Frank und SS-Oberführer von Gottberg, habe
ich seinerzeit von SS-Oberführer von Gottberg den Befehl

T. / 3

erhalten, den notwendigen Zusammenhang der kleineren gemeinnützigen Siedlungsunternehmen des Protektorates dadurch sicherzustellen, dass in jeder Stadt des Protektorates, die einen wesentlichen Anteil deutscher Bevölkerung hat, das am besten fundierte Gemeinnützige Siedlungsunternehmen, dadurch für unsere Arbeiten zu sichern, dass die Satzung dieses Unternehmens auf das Führerprinzip abgestellt wird und dass ich als allein zeichnungsberechtigtes Vorstandsmitglied in das Unternehmen eintrete und der SS-Oberführer von Gottberg den Vorsitz des Aufsichtsrates übernimmt.

Das ist bisher geschehen bei der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft r.G.m.b.H. in Prag, dem Prager Volkswohnungsverein, der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft in Iglau r.G.m.b.H. und der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft r.G.m.b.H. in Olmütz.

Bezüglich der Siedlungsgenossenschaften in Brünn /städtische A.G./ und in Mährisch-Ostrau stehen die Verhandlungen kurz vor dem Abschluss. In Budweis und in Pilsen sind die Verhandlungen eingeleitet.

Anfang Oktober d.J. ist dem Oberführer von Gottberg schriftlich über den Stand der Arbeiten berichtet worden und der Vorschlag gemacht worden, diese Genossenschaften dadurch zusammenzuschliessen, dass jede Genossenschaft Gesellschafter einer zu gründenden Dach- G.m.b.H. in Prag wird, sodass praktisch die einzelnen Genossenschaften Aussenstellen dieser Prager- G.m.b.H. sind.

Dieser Vorschlag ist von dem SS-Oberführer von Gottberg gebilligt worden und ich habe den Befehl erhalten in dieser Richtung weiterzuarbeiten.

Damit ist die Dachorganisation des Reichsverbandes gemeinnütziger Wohnungsunternehmen überflüssig geworden.

Eine Frage der politischen Zweckmässigkeit ist es,

1111

ob man die zu gründende Dachorganisation der Kontrolle des Reichsverbandes trotz der bestehenden Bedenken unterstellt, oder ob man als Revisionsinstanz die in enger Fühlung mit dem Herrn Reichsprotector zusammenarbeitende deutsche Revisions- und Organisations-Gesellschaft " Retog " einschaltet.

Bisher sind die einzelnen Genossenschaften von der " Retog " geprüft worden und ich habe den Eindruck, dass diese Prüfungen sehr gründlich und sehr zuverlässig sind.

Um meine Arbeit nicht durch irgendwelche, von aussen kommende Einflüsse stören zu lassen, bitte ich den kommissarischen Leiter des Bodenamtes zu veranlassen, dass meine Tätigkeit aus der Sphäre der Privatwirtschaft in eine mehr amtliche Tätigkeit hineingelenkt wird dadurch, dass ich vom Staatssekretär Frank oder durch das Bodenamt eine amtliche Mission erhalte.

In der Ostmark geschah es nach dem Anschluss in der Form, dass der Betreffende SS-Führer, der durch Vermittlung des SS-Oberführer von Gottberg mit denselben Aufgaben durch den Gauleiter B ü r c k e l beauftragt wurde, die von mir im Augenblick im Protektorat durchgeführt werden, die offizielle Dienststellung eines " Beauftragten für das Siedlungswesen in der Ostmark " erhielt.

Meine Arbeit würde sich hier bedeutend erleichtern, wenn für mich etwas Aehnliches zu erzielen wäre. Eine solche Ernennung würde sich dadurch erleichtern, dass sie für die ernennende Stelle mit keinerlei Kosten verbunden ist, da ich selbstverständlich ehrenamtlich tätig bin.

Eine Ueberschneidung der Arbeiten des Reichsarbeitsministeriums / Amtsrat Gavenat / mit meinen Arbeiten würde insofern nicht möglich sein, weil das Reichsarbeitsministerium die Angelegenheit von Seiten des Staates aus

STAMP

bearbeitet, während ich die Forderungen der SS und damit der Partei vertrete.

Ich bitte um Befehl, ob diese Angelegenheit durch das Bodenamt bei dem Staatssekretär SS-Gruppenführer Frank erledigt werden kann, oder ob ich mich selbst mit Herrn Minister V ö l k e r s in Verbindung setzen soll.

Heil Hitler!

SS-Obersturmführer.



SS/TS

5
SS-Obersturmführer
Jochen Tostmann
Prag VII.
U Smaltovny 3.

Prag, den 30. November 1939.

P e r s ö n l i c h .

An den

SS-Obersturmbannführer
Dr. Bartholomeyczik,

P r a g II.

Wenzelsplatz 56.

Obersturmbannführer !

Das Beiliegende Schreiben enthält einige politische Wendungen die uns außerordentlich schaden würden, wenn sie durch den üblichen Amtengang dem Reichsarbeitsministerium und demnach Dr. B r e c h t bekannt werden würden.

Aus diesem Grunde bitte ich zu erwägen, das beiliegende Schreiben nicht dem Regierungsrat G i e s s in dieser Form auszuliefern, da es von diesem voraussichtlich zur Stellungnahme dem Amtsrat Gavenat übermittelt würde, wodurch der Kreislauf zur Reichsarbeitsministerium und Dr. Brecht geschlossen wäre.

H e i l H i t l e r !

SS-Obersturmführer.

11117

217

Jochen Tostmann
SS-Obersturmführer
Prag VII
U Smaltovny 3.

Prag, den 9. Dezember 1939.

Vertraulich!

An den

Chef des Rasse- und Siedlungshauptamtes-SS
SS-Gruppenführer Pancke, über den Chef des
Siedlungsamtes-SS, SS-Gruppenführer Freiherr
von Holzschuher,

Berlin SW 68.

Hedemannstrasse 24.

Gruppenführer !

Befehlsgemäss melde ich hiermit die Ihnen
am 2. Dezember d. J. bereits mündlich gemeldeten Tat-
sachen über die SS-mässigen Schwierigkeiten im Sied-
lungswesen im Protektorat Böhmen und Mähren.

Im Juli dieses Jahres erhielt ich als Lei-
ter der Ersten Gemeinnützigen Baugesellschaft für
Kleinwohnungen G. m. b. H. in Wien, den durch den dama-
ligen Leiter der hiesigen Geheimen Staatspolizei SS-
Oberführer R a s c h den Befehl, den Wohnungsbau ins-
besonders für die Beamten der Geheimen Staatspolizei
im Protektorat vorwärts zu treiben. Aus devisentechni-
schen Gründen war es nicht möglich die Arbeiten durch
die Erste Gemeinnützige Baugesellschaft für Kleinwoh-
nungen G. m. b. H. in Wien durchführen zu lassen. Der Nach-
folger von SS-Oberführer Rasch, SS-Oberführer S t a h l-
e c k e r ordnete deshalb an, dass ich die hier seit
1909 bestehende Baugenossenschaft für Bank- und Spar-
kassenbeamte treuhänderisch übernehmen soll, um mit die-
sem Instrument die Bauten durchzuführen.

1110

Nach oberflächlicher Ueberprüfung der Bilanz dieser Genossenschaft wies ich auf die Schwierigkeiten wegen der schlechten finanziellen Lage dieses Unternehmens hin.

Ich erhielt trotzdem den Befehl, umgehend die treuhänderische Leitung zu übernehmen. Dies wurde durch SS-Oberführer S t a h l e c k e r und SS-Oberführer von G o t t b e r g der Abteilung Gewerbliche Wirtschaft beim Herrn Reichsprotector mitgeteilt.

Diese vielleicht überstürzte Anordnung geschah ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Belange, aus politischen Gründen.

Im Altreich ist noch heute der Wohnungsbau zum grössten Teil in Händen der katholischen Aktion. Hauptexponent dieser Bestrebungen ist der Präsident des Reichsverbandes gemeinnütziger Wohnungsunternehmen Dr. B r e c h t. Diesem unterstehen auch die vom Reichsarbeitsministerium finanzierten Heimstättengesellschaften.

Dr. B r e c h t bemühte sich seit Anfang Sommer d. J. seinen Einfluss auf das Protectorat zu bekommen. Dies wollte er zunächst durch Neugründung mehrerer Gesellschaften. Ein solches Vorhaben scheiterte daran, dass im Protectorat die Gemeinnützigkeit nicht mehr neu verliehen werden kann. Es mussten deshalb bestehende Gemeinnützige Gesellschaften als Mantel übernommen werden. Um die Gemeinnützigkeit hiermit zu erlangen, spielte die finanzielle Schlagkraft der betreffenden Wohnungsunternehmen eine nebensächliche Rolle. Da Präsident Dr. B r e c h t nunmehr versuchte, von ihm vorgeschlagene Leute in die bestehenden Gemeinnützigen deutschen Gesellschaften zu lancieren, bekam ich vom Chef des Siedlungsamtes Berlin und von SS-Oberführer Stahlecker den Befehl, möglichst in jeder grösseren Protectoratsstadt mit starker deutscher Bevölkerung ein Gemeinnütziges Unternehmen für die SS-Belange

21102

dadurch zu sichern, dass ich mich in den Vorstand wählen liesse und danach die Satzung dem Führerprincip entsprechend änderte.

Dies ist bisher geschehen in Prag beim Prager Volkswohnungsverein, in Iglau bei der Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft G. m. b. H. in Olmütz bei der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft G. m. b. H. In Prag wurde ich ausserdem bei der Baugenossenschaft für Bank- und Sparkassenbeamte e. V. zum Treuhänder eingesetzt.

Verhandlungen schweben in Brünn, Mährisch Ostrau und Pilsen.

Als Dr. B r e c h t merkte, dass er mit seinen Bestrebungen zu spät kam, versuchte er dadurch die Situation zu retten, dass er zusammen mit Ministerialrat Dr. N e u e r vom Reichsarbeitsministerium und Staatssekretär J a u s e r nach Prag kam und durch eine persönliche Fühlungnahme mit Staatssekretär F r a n k meine Abberufung durchsetzen wollte.

Bei dieser Gelegenheit liess er sich sogar durch mich in Prag führen und sich die hier bestehenden Bauten der hiesigen Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft zeigen.

Staatssekretär F r a n k war durch den Chef des Siedlungsamtes über die Einstellung von B r e c h t unterrichtet und empfing Brecht kühl. Seinem Wunsch entsprach er nicht, mit der Begründung, dass hierzu später noch Zeit wäre.

Seit diesem Augenblick verhinderte Brecht durch seine Beziehung zum Reichsarbeitsministerium die Sanierung der durch mich geleiteten Genossenschaften durch Mittel des Reichsarbeitsministeriums. Unterstützt wurde Dr. Brecht hierbei von Beamten bei dem Herrn Reichsprotector, die die politischen Zusammenhänge nicht durchschauten und wahrscheinlich in bester Absicht meine Anträge nur zögernd bearbeiteten.

Hinzu kommt dass die Gegner der SS meine Arbeiten im Protectorat dadurch zu inhibieren versuchten, dass sie in die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft einen Mann von

11102

sich hineinlancierten. Dies erfuhr ich erst später.

Ende Juli d.J. bewarb sich ein gewisser Dr. jur. Herbert von Alten-Bockum bei mir in Wien, mit der Bitte, im Protektorat arbeiten zu dürfen. Alten-Bockum kam von der Heimstätte in Reichenberg. Da er ein absolut fähiger Fachmann ist und ich tüchtige Leute brauchte, stellte ich ihn bei der Baugenossenschaft für Bank- und Sparkassenbeamte ein und gab ihm zusammen mit einem gewissen Joachim Lahsberg Vollmacht, mich in meiner Abwesenheit zu vertreten.

Ich wurde mehrfach vor Dr. von Alten-Bockum gewarnt, hielt diese Warnungen aber für nicht stichhaltig, da die betreffenden Warner nicht genannt werden wollten und auch keine Gründe angeben konnten.

Inzwischen habe ich festgestellt, dass Dr. von Alten-Bockum durch die Heimstätten in Reichenberg bewusst zu mir geschickt wurde, um meine Arbeit lahm zu legen.

Ich habe ihn trotzdem weiterbeschäftigt, weil mir nichts daran lag Alten-Bockum zu entlarven, sondern ich seine Hintermänner mitfassen wollte. Hiefür reichten die vorhandenen Beweise bisher nicht aus.

Als bisher vorhandene Beweise gebe ich folgende Tatsachen an:

1./ Dr. von Alten-Bockum steht bis heute im ständigen Gedankenaustausch mit der Heimstätte in Reichenberg. Diese an sich nicht zu verwerfende Tatsache wird dadurch bedenklich, dass er mir auf mehrfaches Befragen stets seine noch bestehenden Beziehungen zur Heimstätte verneinte.

2./ Kurz nach Beginn meiner Tätigkeit erhielt ich von der Poldihütte in Kladno den Auftrag, ein grösseres Bauvorhaben für dieses Unternehmen zu planen und durchzuführen. Nachdem die Planung und Finanzierung bereits fertigstand, teilte mir Oberdirektor K a s t e n m ü l l e r von der Poldihütte mit, dass der Oberlandrat in Kladno die Poldihütte

10117

aufgefordert habe, dass Bauvorhaben durch die Heimstätte in Reichenberg durchführen zu lassen, da diese Gesellschaft das Organ der staatlichen Wohnungspolitik sei.

Da nach Aussage des Oberdirektor Kastenmüller über die von der Poldihütte geplante Siedlung nichts von Seiten der Poldihütte in die Öffentlichkeit drang und auch auf meinen ausdrücklichen Hinweis von Seiten der Baugenossenschaft für Bank- und Sparkassenbeamte nichts ausserhalb des Betriebes erzählt wurde, kann die Heimstätte in Reichenberg nur durch Dr. von Alten-Bockum über dieses Bauvorhaben Kenntnis erhalten haben. Sie haben dann versucht über den Oberlandrat in Kladno mich auszuschalten.

3./ Es steht fest, dass von Alten-Bockum bei seinen Verhandlungen mit hiesigen Dienststellen und Behörden durch geschickt hingeworfene Bemerkungen Gerüchte über mich in Umlauf gebracht hat, die meinem Ruf schaden mussten. Trotzdem werde ich Dr. von Alten-Bockum vorläufig bei mir im Betriebe behalten solange ich es verantworten kann, um die Möglichkeit zu haben, gegen seine Hintermänner eine Handhabe zu bekommen.

Weiterhin wurden meiner Tätigkeit im Protektorat dadurch Schwierigkeiten in den Weg gelegt, dass mir bezüglich anderer Angestellter folgendes Missgeschick passierte.

Der oben bereits genannte Joachim Lahsberg ist verlobt mit einem gewissen Fräulein Heizer. Da Frl. Heizer langjährige Stenotypistin ist und die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft neue Schreibkräfte brauchte, entsprach ich der Bitte des Lahsberg, Frl. Heizer in meinem Betriebe einzustellen. Lahsberg und Frl. Heizer wohnten zusammen in einer Wohnung mit dem ebenfalls hier angestellten Waldemar H a m e r. Hamer ist als alter SD Angehöriger ein besonders scharfer Gegner der katholischen Aktion. Als Lahsberg 2 Tage aus Prag abwesend war, gelang es Frl. Heizer, die sich an diesem Tage durch eine weitere Angestellte des Betriebes besonders zurecht machen liess,

20115

" da es an diesem Tage darauf ankomme " Hamer zu verführen, mit ihr geschlechtlich zu verkehren.

In den darauf nachfolgenden Streit zwischen Hamer und Lahsberg war ich gezwungen, Hamer und Frl. Heizer fristlos aus dem Betrieb zu entlassen. Von Lahsberg liess ich mir das Versprechen geben, dass er mindestens ein Jahr lang in keinerlei Zusammenhang mit Frl. Heizer stehen würde, da er sonst für unseren Betrieb nicht tragbar wäre. Nach kurzer Zeit erfuhr ich, dass Frl. Heizer wieder nach Prag zurückgekommen sei, als Sekretärin beim hiesigen Kreisleiter Höss arbeite und um die Weihnachtszeit herum Lahsberg heiraten werde. Daraufhin bat ich Lahsberg aus meinem Betrieb auszuscheiden.

Inzwischen weiss ich, dass die von Dr. von Alten Bockum verbreiteten Gerüchte zum Teil von Lahsberg erfunden wurden, zum anderen Teil aber durch ihn und seine Braut über Kreisleitung und Abteilung Gewerbliche Wirtschaft beim Herrn Reichsprotector verbreitet werden. Auch hier habe ich eine fristlose Kündigung nach Erfahren dieser Tatsachen nicht ausgesprochen, weil ich zunächst feststellen möchte, ob diese Tatsache lediglich eine Racheaktion wegen der fristlosen Entlassung darstelle, oder ob Lahsberg ebenfalls politische Hintermänner hat.

Für die letzte Alternative spricht die Tatsache, dass Lahsberg bei seiner Einstellung bezüglich seiner Parteizugehörigkeit und seiner Vorbildung falsche Angaben gemacht hat.

Diese Meldung mache ich deshalb so ausführlich, weil am heutigen Sonnabend um 12 Uhr, die von der Abteilung Gewerbliche Wirtschaft beim Herrn Reichsprotector, mit der Ueberprüfung der eingesetzten Treuhänderschaft beauftragte " R e t o g " Revisions- und Treuhänder A.G. anrief und mir

11102

mitteilte, dass am Montag früh um 8 Uhr eine Revision über die letzten 3 Monate bei uns eingesetzt sei.

Diese Tatsache ist deshalb verwunderlich, weil ich sofort nach Uebernahme der Treuhänderschaft von mir aus die " R e t o g " gebeten hatte, eine Revision durchzuführen. Die Revision wurde gehalten im Monat September d.J. und umfasste das Jahr 1938-39 bis 31. August.

Ich vermute dass diese Revision von der Abteilung Gewerbliche Wirtschaft beim Herrn Reichsprotector auf Drängen des Lahsberg angeordnet wurde, weil Lahsberg sich selbst als Treuhänder bewirbt.

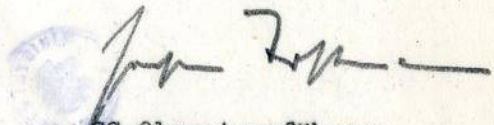
Es kann jedoch auch möglich sein, dass der bisherige Geschäftsführer der Baugenossenschaft für Bank- und Sparkassenbeamte, Herr Dir. R o h m dahintersteht, weil auch dieser sich um die Treuhänderschaft bemüht. Dir, R o h m ist jedoch meiner Ansicht nach in den oben erwähnten politischen Kreis nicht hineinzuziehen, da dieser als früherer führender Sozialdemokrat in der Tschechoslovakei und als enger Freund des nach England geflüchteten Vorsitzenden der deutschen Sozialdemokratischen-Partei, Herrn J a k s c h, keine Beziehungen zu Zentrumskreisen haben dürfte.

Wenn also die jetzt einsetzende Revision von dem oben erwähnten Kreise inspiriert worden ist, wird es für sie eine Kleinigkeit sein, irgendwelche Tatsachen aufzubauschen, die meine Abberufung rechtfertigen. Für diesen Fall bitte ich jedoch den Chef des Rasse- und Siedlungshauptamtes bei dem Herrn Reichsprotector zu erwirken, dass noch im Monat Dezember d.J. eine Revision der Genossenschaft durch geprüfte Revisoren des Verwaltungshauptamtes in der SS durchgeführt wird. Denn nur eine solche Revision wird Klarheit bringen können, sofern hinter der jetzt eingesetzten Revision die oben erwähnten Kreise stehen.

ADIT

Trotzdem möchte ich noch der Ordnung halber bemerken, dass ich keinerlei Beweise für meine Vermutung habe, dass die jetzt eingesetzte Revision mit dem speziellen Ziel meiner Abberufung angeordnet ist.

Ich werde deshalb mit dem, die Revision durchführenden Beamten diesbezüglich Fühlung nehmen. Sobald ich feststelle, dass es sich nur um eine der üblichen Revisionen handelt, werde ich sofort dem Chef des Rasse- und Siedlungshauptamtes Meldung machen.


 SS-Obersturmführer.

11103

1003 14

Vermerk

3.1.9.

I./Ku.

A k t e n v e r m e r k

über die Besprechung mit Reg.Rat G i e s s am 12.12.39.

Mit Giess wurde der in Abschrift beiliegende Brief des Bodenamtes an Frank besprochen. Giess ist mit dem Inhalt sehr einverstanden, schlug jedoch vor, den Namen "Beauftragter für das Siedlungswesen in Böhmen und Mähren" zu vermeiden. Er erklärte es gebe nur zwei Möglichkeiten, entweder einen Einbau meiner Person in die Gruppe 10 beim Reichsprotector oder Abstellung zur besonderen Dienstleistung beim höheren SS- und Polizeiführer. Eine neue Besprechung mit Frank ist für Mittwoch Vormittag vorgesehen.

Prag, den 12.12.1939.



Tork

11105

1) dieses Schreiben

Z.B.

11. Dezember 1939.

An den
SS-Gruppenführer Staatssekretär
K. H. Frank,
Prag - Hradschin,
Czernin - Palais.

Betr.: Organisation des gemeinnützigen Wohnungswesens
im Protektorat.

Die Organisation sämtlicher gemeinnütziger Wohnungsunternehmen im Reiche ist der Reichsverband gemeinnütziger Wohnungsunternehmen e.V., Grossadmiral von Goesterufer, Berlin, die Dachorganisation sämtlicher gemeinnütziger Wohnungsunternehmen des Reiches. Dieser Verband ist bemüht, auch die Organisation des gemeinnützigen Wohnungswesens im Protektorat in seine Hand zu bekommen.

Auf Grund einer Besprechung zwischen SS-Gruppenführer Frank u. SS-Oberführer von Gottberg, hat SS-Obersturmführer Tostmann seinerzeit von SS-Oberführer von Gottberg den Befehl erhalten, den notwendigen Zusammenhang der kleinere gemeinnützigen Siedlungsunternehmen des Protektorates dadurch sicherzustellen, dass in jeder Stadt des Protektorates, die einen wesentlichen Anteil deutscher Bevölkerung hat, das am besten fundierte gemeinnützige Siedlungsunternehmen dadurch für seine Arbeit zu sichern, dass die Satzung dieses Unternehmens auf das Führerprinzip abgestellt wird und SS-Obersturmführer Tostmann, als allein zeichnungsberechtigtes Vorstandsmitglied in das Unternehmen eintritt und SS-Oberführer von Gottberg den Vorsitz des Aufsichtsrates übernimmt.

Dies ist bisher geschehen bei der Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft r.G.m.b.H. in Prag, dem Prager Volkwohnungsverein,

. / .

227

der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft in Iglau r.G.m.b.H. und der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft r.G.m.b.H. in Olmütz.

Bezüglich der Siedlungsgenossenschaften in Brünn (städtische A.G.) und in Mährisch - Ostrau stehen die Verhandlungen kurz vor dem Abschluss. In Budweis und Pilsen sind die Verhandlungen eingeleitet.

Anfang Oktober ds. J. ist dem SS-Oberführer von Gottberg schriftlich über den Stand der Arbeiten berichtet worden und der Vorschlag gemacht worden, diese Genossenschaften dadurch zusammenzuschliessen, dass jede Genossenschaft Gesellschafter einer zu gründenden Dach - G.m.b.H. in Prag wird, sodass praktisch die einzelnen Genossenschaften Aussenstellen dieser Prager G.m.b.H. sind.

Dieser Vorschlag ist von SS-Oberführer von Gottberg gebilligt worden und SS-Obersturmführer Tostmann hat den Befehl erhalten, in dieser Richtung weiterzuarbeiten.

Damit ist die Dachorganisation des Reichsverbandes gemeinnütziger Wohnungsunternehmen überflüssig geworden.

Eine Frage der Zweckmässigkeit ist es, ob man die zu gründende Dachorganisation der Kontrolle des Reichsverbandes unterstellt oder ob man als Revisionsinstanz die in enger Fühlung mit dem Herrn Reichsprotector zusammenarbeitende deutsche Revisions- u. Organisationsgesellschaft " Retog " einschaltet.

Bisher sind die einzelnen Genossenschaften von der " Retog " geprüft worden und SS-Obersturmführer Tostmann hat den Eindruck, dass diese Prüfungen sehr gründlich und sehr zuverlässig sind.

Um seine Arbeit nicht durch irgendwelche, von aussen kommende Einflüsse stören zu lassen, bittet SS-Obersturmführer Tostmann den kommissarischen Leiter des Bodenamtes, zu veranlassen, dass seine Tätigkeit aus der Sphäre der Privatwirtschaft in eine mehr amtliche Tätigkeit hineingelenkt werde dadurch, dass er von Staatssekretär Frank oder durch das Bodenamt eine amtliche Mission erhält.

In der Ostmark geschah es nach dem Anschluss in der Form, dass der betreffende SS - Führer, der durch Vermittlung des SS - Oberführers von Gottberg mit denselben Aufgaben durch den Gauleiter B ü r c k e l beauftragt wurde, die von SS-Obersturmführer Tostmann im Augenblick im Protektorat durchgeführt werden, die offizielle Dienststellung eines "Beauftragten für das Siedlungswesen in der Ostmark" erhielt.

Die Arbeit des SS-Obersturmführers Tostmann würde sich hier bedeutend erleichtern, wenn für ihn etwas Ähnliches zu erzielen wäre. Eine Ernennung würde sich dadurch erleichtern, dass sie für die ernennende Stelle mit keinerlei Kosten verbunden ist, da er selbstverständlich ehrenamtlich tätig ist.

Ich schlage vor, eine ähnliche Einrichtung bei dem Amte des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren zu treffen und den SS - Sturmführer Tostmann mit der Führung dieser neuen Stelle zu beauftragen.

2.) Mappe Staatssekretär.

H. Kuntze

3. An SS-Obersturmführer Tostmann zur
Kenntnisnahme.

Jochen Tostmann
Prag VII.
U Smáltovny 3.

Prag, den 12. Dezember 1939.

Herrn

Dr. Gü l l e m a n n,
Revisor der " R e t o g "
Revisions- und Treuhänder A.G.

Prag II.
Jungmannstrasse 2.

Betrifft: Gehaltskonto.

Sehr geehrter Herr Dr. Güllemann !

Bezüglich des nicht bestehenden Gehaltskontos darf ich Ihnen nach Rücksprache mit dem betreffenden Herrn folgendes auseinandersetzen.

Ein Teil der hier tätigen Herren wurde von mir aus Wien mitgebracht. Da an mich die Anweisung erging daraufhin zu wirken, dass der hiesige Betrieb mit dem Wiener Betrieb zur gegebenen Zeit fusioniert wird, habe ich eine strikte Scheidung zwischen den Angestellten der Ersten Gemeinnützigen Baugesellschaft für Kleinwohnungen in Wien Ges. m. b. H. und dem von mir treuhänderisch geleiteten Betriebe nicht durchgeführt. Dies geschah schon aus dem Grunde weil der Wiener Betrieb ausserordentlich flüssig und gut fundiert ist, was man von dem hiesigen Betrieb nicht sagen kann.

Ich hatte deshalb vor einen Teil der hier tätigen Herren über das Wiener Gehaltskonto weiter laufen zu lassen, da die hier geleisteten Arbeiten dadurch der Wiener Firma zu gute kommen, weil Wien einen Teil der Architekturarbeiten durchführt und dafür die nach der Architektengebührenordnung einlaufenden Gebühren erhält.

11038

Ob ich dies gegenüber der Wiener Firma verantworten konnte, musste der Aufsichtsrat entscheiden. Seit 4 ½ Monaten war in Wien keine Aufsichtsratsitzung gewesen, bis zum Freitag den 8. Dezember. In dieser Aufsichtsratsitzung an der auch die Ministerialräte Dr. E b e l und Dr. N e u e r vom Reichsarbeitsministerium als Aufsichtsratsmitglieder teilnahmen, wurde die Angelegenheit bezüglich der Angestellten im Protektorat durchgesprochen. Der Aufsichtsrat genehmigte meinen Plan, einen Teil der Angestellten von Wien weiter bestehen zu lassen, riet mir aber hierzu, die devisenrechtliche Genehmigung der Handelskammer nachzusuchen. Der Antrag bei der Handelskammer ist von Wien aus gestellt.



Da also Herr W e s e l y von mir keine klare Auskunft bekommen konnte, ob die einzelnen Angestellten von Wien oder von Prag aus besoldet werden sollten, hat er sämtliche Angestellte über ein Personalkonto jedes einzelnen laufen lassen.

Ich hoffe Ihnen hiermit eine genügende Begründung für Ihre Bemängelung gegeben zu haben und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Begründung mit in Ihren Bericht aufnehmen würden.

Einzelne Reisekostenvorschüsse wurden nicht vorschriftsmässig abgerechnet. Sofern diese Vorschüsse bis morgen den 13. XII. d. J. mittags nicht abgerechnet sind, gehen sie zu Lasten der einzelnen Angestellten als Vorschuss.

Ferner bitte ich Sie vor Absetzung Ihres Berichtes noch meinen Tätigkeitsbericht durchzusehen, da er meiner Ansicht nach von Wichtigkeit ist für die hier anfallenden Geschäftsunkosten. Aus einer Bemerkung, während der heutigen Besprechung mit Ihnen entnahm ich, dass Sie bisher noch keine Zeit hatten ihn durchzulesen.

Die von Ihnen bemängelten Belege sind bis morgen Mittag in Ordnung. Ausserdem wäre ich Ihnen dankbar, wenn

Sie nach Ihrer Ansicht bestehende Unmöglichkeit, einen Status aufzustellen in Ihrem Bericht damit begründen, wie ich es Ihnen bereits vortrug, dass wir zur Zeit eine Hauptverwaltung für die drei angeschlossenen Firmen führen und dass wir die Abschlüsse per 31. Dezember der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft zusammen mit den Abschlüssen des Prager Volkwohnungsvereines und der Iglauer Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft als Vortrag vor der mit 1. Oktober d.J. beginnenden Buchhaltung der Hauptverwaltung einsetzen werden.

Dies wurde seinerzeit ausführlich mit dem Revisor der "R e t o g" Herrn K ö n i g besprochen. Auf Veranlassung des Herrn K ö n i g wurde die Buchhaltung schon am 1. Oktober d.J. umgestellt und nicht erst am 1. Januar 1940 wie wir es vorhatten.

Die genannten 3 Firmen werden dann mit den Unkosten der Hauptverwaltung anteilmässig belastet, sodass für jede Firma einzeln Bilanz gemacht wird.

Ich hoffe hiermit den grössten Teil Ihrer Bedenken aus dem Wege geräumt zu haben.

H e i l H i t l e r !

51022

SS-Obersturmführer
Jochen T o s t m a n n,
Prag VII., U Smaltovny 1218 B.

21

Herrn
Dr. Herbert v. Alten-Bockum,
im Hause.

Zda *Vertraulich*

1003

I./Ku.

Prag, den 12.12.1939.

Da von der vertraulichen Besprechung anlässlich der
Einsetzung des Reichsführers-SS als Umsiedlungsbeauftragten,
an der ausser mir Herr Dr.v.Alten-Bockum, Herr Lahsberg und
Herr Hamer teilnahmen, einige von mir gemachte Aeusserungen
an die Oeffentlichkeit gedrungen sind, habe ich auf Veran-
lassung des Untersuchungsführers meiner vorgesetzten Dienst-
stelle ein Verfahren gegen mich eingeleitet, da ich vertrau-
liche SS-Angelegenheiten mit Nicht-SS-Angehörigen besprochen
habe. Meine vorgesetzte Dienststelle wird die hiesige Gesta-
po auffordern, den Gerüchten, die zum Teil von Angehörigen
des Betriebes verbreitet sind, nachzugehen.

Ich habe den Befehl, Sie von dieser Tatsache in Kennt-
nis zu setzen und Sie aufzufordern, weder mit dritten Perso-
nen, noch mit Familienangehörigen über diese Angelegenheit zu
sprechen.

Heil Hitler!

SS-Obersturmführer

28017

233

SS-Obersturmführer
Jochen TOSTMANN,
Prag VII., U Smaltevny 1218 B.


22

1003
3 d. a.
Vertraulich

Herrn
Joachim Lahsberg,
im Hause.

I./Ku.

Prag, den 12.12.1939.

Da von der vertraulichen Besprechung anlässlich der
Einsetzung des Reichsführers-SS als siedlungsbeauftragten,
an der ausser mir Herr Dr.v.Alten-Bockum, Herr Lahsberg und
Herr Hamer teilnahmen, einige von mir gemachte Aeusserungen
an die Oeffentlichkeit gedrungen sind, habe ich auf Veran-
lassung des Untersuchungsführers meiner vorgesetzten Dienst-
stelle ein Verfahren gegen mich eingeleitet, da ich vertrau-
liche SS-Angelegenheiten mit Nicht-SS-Angehörigen besprochen
habe. Meine vorgesetzte Dienststelle wird die hiesige Gesta-
po auffordern, den Gerüchten, die zum Teil von Angehörigen des
Betriebes verbreitet sind, nachzugehen.

Ich habe den Befehl, Sie von dieser Tatsache in Kennt-
nis zu setzen und Sie aufzufordern, weder mit dritten Perso-
nen, noch mit Familienangehörigen über diese Angelegenheit zu
sprechen.

Heil Hitler!

SS-Obersturmführer

1003

234

1003

An den
 SS-Obersturmbannführer Dr. Bartholomeyczik,
Bodenamt Prag,
 Wenzelsplatz 58.

I/I./Ku.

14.12.1939.



Obersturmbannführer!

Gemäss unserer Absprache habe ich gestern mit den beiden Angestellten der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft, Dr. jur. Herbert v. Alten-Bockum und Joachim Lohsberg, vereinbart, dass beide mit dem 23. Dezember aus der Firma ausscheiden und ein weiteres Gehalt für den Monat Januar erhalten. Lohsberg nahm diese Regelung an, während Alten-Bockum zunächst mit seiner Frau sprechen wollte. Ich setzte Alten-Bockum eine Frist bis 10h abends für seine Entscheidung. Hierbei erklärte ich ihm, dass er eine fristlose Kündigung zu erwarten habe, wenn er nicht freiwillig ausscheide. Die fristlose Kündigung findet ihre Begründung damit, dass ich Zeugen aufreiben konnte, die unter anderem folgende Redensarten von Alten-Bockum bestätigen:

"Man müsste das Protektorat vor Leuten wie Tostmann bewahren" und "Es kann nur noch einige Tage dauern, bis Tostmann verhaftet wird."

Um 9h rief Dr. v. Alten-Bockum mich an und erklärte, er habe Kreiswirtschaftsberater Esler gesprochen; dieser habe ihm geraten, die Kündigung nicht anzunehmen, sich mit dem stellvertretenden Chef des Bodenamtes in Verbindung zu setzen und durch diesen mich zwingen lassen, dass Dr. v. Alten weiter beschäftigt bleibt.

Dr. v. Alten-Bockum wird Sie, Obersturmbannführer, um eine Besprechung bitten. Ohne Ihrer Entscheidung vorgreifen zu wollen, halte ich es für verfehlt, sich noch mit ihm irgendwie einzulassen. Können Sie mit Jeschke telefonieren, dass er seine Aufenthaltsgenehmigung entzogen bekommt?

Heil Hitler!

Der Treuhänder der Gemeinnützigen
 Siedlungsgenossenschaft in Prag
 registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung

SS-Obersturmführer

235

An den

SS-Obersturmbannführer
Dr. Bartholomeyczik,

Prag II.
Wenzelsplatz 56.

TO./SO.

14.12.1939.

Entziehung der Aufenthaltsgenehmigung im Protektorat.

Wie ich bereits heute Vormittag mitteilte, ist Herr Dr. jur. Herbert von Alten-Bockum fristlos entlassen. Er ist heute nicht im Büro erschienen und hat einem Angestellten gegenüber erklärt, dass er nicht wieder herkäme.

Ich bitte die Geheime Staatspolizei zu veranlassen, dass Herrn Dr. jur. Herbert von Alten-Bockum die Aufenthaltsgenehmigung entzogen wird und das er kurzfristig das Protektorat verlässt.

Heil Hitler!

Der Treuhänder der Gemeinnützigen
Siedlungsgenossenschaft in Prag
registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung

geg T.
SS-Obersturmführer.

21025

I./Ku. *

110

An den
Herrn Reichsprotector in Böhmen und Mähren,
Gruppe Gewerbliche Wirtschaft,
z.H. von Herrn Reg.Rat Dr. S t i e r
über Herrn Dr. B a y e r,

P r a g.

Betrifft: Bericht über meine Tätigkeit als Treuhänder.

Auf Grund der Verfügung des Herrn Reichsprotectors Nr. VII. 3b 2673/39 vom 13. Juni 1939 bin ich zum Treuhänder der damaligen Baugenossenschaft für Bank- und Sparkassenbeante in Prag, r.G.m.b.H., in Prag VII. Strossmayerova 8, eingesetzt worden.

X
Die Einsetzung wurde veranlasst durch den Leiter der Geheimen Staatspolizei, Dienststelle Prag, SS-Oberführer R a s c h, sowie dessen Nachfolger, SS-Oberführer Dr. Stahl-eker. Die Einsetzung erfolgte mit dem ausdrücklichen Hinweis, dass ich mit der von mir treuhänderisch geleiteten Baugenossenschaft Dienstwohnungen für die Geheime Staatspolizei, Polizei und SS errichten sollte und nicht nur, um die Wohnungen zu verwalten. Dies wurde in mehreren Besprechungen zwischen Herrn Reg.Rat. Ludwig, SS-Oberführer Stahl-eker und SS-Oberführer von Gottberg, sowie in zwei Besprechungen zwischen Reg.Rat Ludwig und mir, vereinbart.

Aus diesem Grunde war meine Tätigkeit als Treuhänder nach zwei Richtungen gelenkt:

- 1.) Versuch einer Sanierung der alten Genossenschaft und Bezahlung der umfangreichen Bank- und Handwerkerschulden, sowie
- 2.) Vorbereitung für eine Neubautätigkeit.

Folgende Arbeiten sind von mir in Angriff genommen:

1.) Dem bisherigen Leiter der Genossenschaft war es nicht möglich, einen Status der Genossenschaft zu geben. Er bezifferte die vordringlichen Schulden auf etwa 5.000.000.— Kronen. Diese Ungenauigkeit hing damit zusammen, dass nach den bisherigen Gewohnheiten bei der Genossenschaft die Schuldbeträge erst dann verbucht wurden, wenn eingegangene Rechnungen bezahlt wurden. Es konnte von mir nicht festgestellt werden, welche Rechnungen eingegangen waren. Aus diesem Grunde bat ich im August 1939 die "Retog", Revisions- und Organisationsgesellschaft m.b.H., die damals noch nicht das offizielle Prüfungsorgan für die Treuhänder war, eine genaue Prüfung

1.234

durchzuführen. Diese Prüfung fand im September statt. Der Prüfungsbericht wurde mir trotz heftiger und dringender Mahnungen erst am 14. Dezember zugestellt. Mit dieser verspäteten Einreichung des Prüfungsberichtes hängt es zusammen, dass die vorgeschriebenen monatlichen Berichte nicht von mir gemacht wurden. Ich habe dieses in zwei Schreiben an die Gruppe Gewerbliche Wirtschaft mitgeteilt, da ich seit Anfang Oktober von Woche zu Woche mit dem Bericht vertröstet wurde und ich diesen Bericht als Unterlage für meinen ersten, umfangreichen Bericht über die Genossenschaft benutzen wollte. Seit dem 14. Dezember liegt dieser Prüfungsbericht auch der Gruppe Gewerbliche Wirtschaft vor.

2.) Die jüdischen Genossenschafter der Genossenschaft mussten ausgeschieden werden. Seit Anfang August dieses Jahres ist der mit dieser Aufgabe betraute Herr Dr. Becker ausschliesslich in dieser Angelegenheit tätig. Bis Ende Dezember hat mir Herr Dr. Becker einen abschliessenden Bericht zugesagt. Von Seiten der Geheimen Staatspolizei wurde mir der Vorschlag gemacht, die Anteilscheine der Genossenschaft einzusammeln und den jüdischen Genossenschaf tern nichts zurück auszahlen, um durch dieses vereinfachte Verfahren die jüdischen Genossenschaf ter auszuscheiden. Da dieses Verfahren juristisch nicht stichhaltig ist, bat ich die Geheime Staatspolizei um eine Anweisung in schriftlicher Form. Da mir diese von Herrn Reg. Rat Kolitz verweigert wurde, ist damit zu rechnen, dass den jüdischen Genossenschaf tern eine Abfindungssumme gezahlt werden muss. In einem mit gleicher Post abgehenden Schreiben an die Gruppe Gewerbliche Wirtschaft bitte ich hierzu gesondert um Stellungnahme.

3.) Es musste ebenfalls darnach getrachtet werden, die jüdischen Mieter aus unseren Häusern zu entfernen. Bei meiner Uebernahme waren 168 Wohnungen von Juden bewohnt. Es bestand die Gefahr, dass bei einer sofortigen Kündigung sämtlicher Juden ein Teil der Wohnungen der Genossenschaft leer stehen würden und somit der Genossenschaft ein beträchtlicher Schaden entstehen würde. Deshalb besprach ich diese Angelegenheit mit:

- 1.) Herrn Reg. Rat Ludwig, Gruppe Gewerbliche Wirtschaft beim Herrn Reichsprotector,
- 2.) Herrn Reg. Assessor Wesely, beim Herrn Oberlandrat,
- 3.) Herrn Reg. Rat Kolitz bei der Geheimen Staatspolizei.

Alle drei Herren erklärten mir, dass ich darauf keine Rücksicht zu nehmen habe, sondern dass allen Juden fristlos gekündigt werden müsse und dass man ihnen entgegenkommender Weise einen Auszugstermin bis zum 31. Oktober d. J. setzen könne. Das ist geschehen. Von den 168 gekündigten jüdischen Mietern, so wie von den von mir übernommenen 82 leer stehenden Wohnungen, sind inzwischen 80 Wohnungen wieder besetzt worden. Es stehen jetzt im ganzen 88 Wohnungen leer. Davon ist ein Teil bereits zum heutigen Tage (15. XII.) bzw. zum 1. I. 1940 vermietet. Es ist damit zu rechnen, dass die anderen Wohnungen innerhalb von ein bis zwei Monaten ebenfalls besetzt werden.

Ausser dem Mietausfall durch leer stehende Wohnungen sind der Genossenschaft durch die Kündigung der jüdischen Mieter Unkosten insoferne entstanden, als die Wohnungen fast durchwegs in einem ~~fast~~ menschenunwürdigen Zustand übergeben wurden und renoviert und entwanzt werden mussten. Dieser Verlustposten kann zum Teil dadurch eingebracht werden, dass man die entstandenen Unkosten mit den bisher pblichen Mieterdarlehen verrechnet. Trotzdem entstehen hierdurch beträchtliche Schäden, die aus der politischen Situation heraus begründet sind.

4.) Die Buchhaltung der Genossenschaft fand in ihrer alten Form nicht die Billigung der "rüfer der "Retog". Sie wurde deshalb neu eingerichtet. Kontenplan und Durchschreibebuchhaltung wurden eingeführt. Die Uebernahme der alten Saldo vorträge in die neue Buchhaltung befindet sich in Vorbereitung, sodass damit zu rechnen ist, dass die Buchhaltung zu Beginn des neuen Jahres in Ordnung ist.

5.) Die leer stehenden Wohnungen des sogenannten "Braunen Hauses", eines achtgeschossigen Neubaus der Genossenschaft, wurde sofort nach meiner treuhänderischen Uebernahme geschlossen an die Geheime Staatspolizei vermietet.

6.) Um flüssige Mittel in den Betrieb zu bekommen, wurde mit der Geheimen Staatspolizei vereinbart, dass die von der Geheimen Staatspolizei beschlagnahmten Wohnungen durch die Genossenschaft verwaltet werden und dass der Genossenschaft mindestens 4% der Soll-Miete für ihre Verwaltung vergütet wird. Sofern die Genossenschaft den Nachweis erbringt, dass die Unkosten für die Verwaltung höher liegen, zahlt die Geheime Staatspolizei nach dem schriftlich vorliegendem Verträge für die Verwaltung den Betrag der nachweisbar aufgelaufenen Unkosten. Für die Verwaltung der Gestapo-Wohnungen sind drei volle Arbeitskräfte beschäftigt, während zwei bis drei weitere Kräfte, je nach Bedarf, einspringen. Eine Rechnungsaufstellung wird zum letzten Dezember der Geheimen Staatspolizei vorgelegt.

7.) Eine der wichtigsten und schwierigsten Aufgaben war der Versuch, Kapital für die Genossenschaft zu beschaffen um die zum Teil seit 6 - 8 Monaten offenstehenden Rechnungen der Handwerker und der kurzfristigen Bankschulden abzudecken. Hierzu muss zunächst gesagt werden, dass ich mich wegen der undurchsichtigen Schuldenverhältnisse der Genossenschaft zunächst sträubte, die Treuhänderschaft zu übernehmen. Meine Bedenken wurden zerstreut, als mir durch den Chef des Bodenamtes ein langfristiges Darlehen in Höhe der benötigten Summe fest zugesagt wurde. Diese Erklärung des Chefs des Bodenamtes wurde im August des Jahres anlässlich der Besichtigung des Bodenamtes durch den Staatssekretär Frank wiederholt und fand die Genehmigung des Staatssekretärs. Zwei Juristen des Bodenamtes, Dr. Röhrich und Landesrat Johlen, waren längere Zeit mit der Prüfung der Kreditunterlagen beschäftigt. Als einzige Hinderung sahen sie den Namen der Siedlungsgenossenschaft und die satzungsmässige Beschränkung auf Wohnungsbauten an. Sie

erklärten, dass ein Kredit gewährt werden könne, sofern in der Satzung der Passus aufgenommen werden würde, dass der Zweck der Genossenschaft auch der Bau von Siedlungshäusern ist. Weiter verlangte das Bodenamt eine Namensänderung. Das wurde von mir durchgeführt und zur Eintragung gebracht. Als auch die Prüfung der Juristen des Bodenamtes nach der Satzungsänderung zufriedenstellend ausgefallen war, wurde ein Termin zwischen einem Referenten des Bodenamtes (Herrn Herzig) und dem bei der Genossenschaft beschäftigten Herrn Lahsberg vereinbart, um das Geld (700.000.— RM) von der Böhmisches Eskomptebank abzuholen. An diesem fraglichen Morgen kam es jedoch nicht zur Auszahlung des Geldes, weil inzwischen eine eingesetzte Revision des Bodenamtes die Auszahlung derartiger Kredite verhinderte. Da aber auch hierbei von Seiten des Bodenamtes immer nur die Rede war, dass es sich um einige Tage handeln könnte, wurde von Seiten des Bodenamtes ein Vorschuss auf den Kredit in Höhe von 30.000.— RM ausbezahlt. Wie sicher man auch von dieser Seite an die Auszahlung des Gesamtkredites dachte, geht daraus hervor, dass diese Summe von 30.000.— RM ohne jede Sicherung als Vorschuss auf den später fällig werdenden Kredit gewährt wurde. Inzwischen hat sich herausgestellt, dass der Kredit nicht gezahlt werden kann.

Es wurde weiter versucht einen Sanierungskredit über die Deutsche Bau- und Bodenbank vom Reichsarbeitsministerium zu erhalten. Es fanden mehrere Besprechungen mit Herrn Ministerialrat Dr. Ebel und Herrn Ministerialrat Neuer in Berlin statt. Der Lauf der Verhandlungen wurde ständig mit Herrn Amtsrat Gevenat von der Gruppe 10, der wiederum Herrn Reg. Rat Ludwig informierte. Die vor einem günstigen Abschluss stehenden Verhandlungen wurden mit Kriegsausbruch von Seiten des Arbeitsministeriums abgebrochen. Erst in jüngster Zeit wurde mir anlässlich der Generalversammlung der von mir geleiteten Gesellschaft in Wien durch Herrn Ministerialrat Neuer nahegelegt, einen neuen Antrag einzureichen, da Aussicht auf Erfolg bestünde. Dieser Antrag wird zur Zeit ausgearbeitet und in den nächsten Tagen eingereicht.

Weiterhin wurde wegen einer Reichsbürgerschaft, resp. eines Reichsbaudarlehens, verhandelt. Hierzu war es notwendig, dass die reichsdeutschen Bankinstitute die Genehmigung erhielten, ihre Gelder im Protektorat anzulegen. Das ist ihnen bisher nach dem Hypothekengesetz verboten. Auch hier fanden sehr eingehende Verhandlungen mit dem Reichswirtschaftsministerium (Herrn Ministerialrat Dr. Riehle), sowie mit der Rentenbank - Creditanstalt und dem Weimarer Hypothekeninstitut statt. Die Banken bemühten sich nach Ueberprüfung der Unterlagen selbst sehr stark um die Gewährung der Genehmigung. Auch diese Verhandlungen wurden mit Kriegsbeginn abgebrochen. Ferner wurde ich seit Monaten durch den Leiter der "Retog", Herrn Dr. Egerer, auf die in Aussicht stehende Reichswirtschaftshilfe aufmerksam gemacht. Um einen solchen Antrag einreichen zu können waren bestimmte Formulare notwendig. Diese Formulare wurden erst vor zwei Tagen herausgegeben. Die Unterlagen für diese Formulare sind am 18.d.M.

fertig. Schon jetzt haben wir mit Herrn Reg. Rat Dr. Gottfried Hoffmann vom Handelsministerium Fühlung genommen.

Ferner schweben Verhandlungen mit dem Reichspostministerium. Das Reichspostministerium wollte uns den Bau von etwa 150 Wohnungen in Prag in Auftrag geben. Da ich es nicht wagte mit einer illiquiden Genossenschaft einen solchen Auftrag zu übernehmen, schlug ich dem Reichspostministerium vor, die vom Ministerium für den Neubau zur Verfügung gestellten Gelder als zweitstellige Hypothek bei dem nicht endfinanzierten Neubau der Genossenschaft, dem sogenannten "Braunen Haus" einzutragen zu lassen. Die Post ist bereit, zunächst für 100 Wohnungen, die im Laufe des kommenden Jahres freizumachen sind, je Wohnung 4.500.— RM, zusammen 450.000.— RM, zu einem niedrigen Zinssatz zur Verfügung zu stellen. Die Unterlagen werden von der hiesigen Dienststelle der Reichspostdirektion seit etwa zwei Wochen geprüft. Zu Beginn der kommenden Woche will ein sachverständiger Postbaurat aus Karlsbad nach Prag kommen, um die Unterlagen an Hand der Baulichkeiten zu prüfen. Bisher liegen keine Anzeichen vor, dass dieser Kredit in Höhe von 450.000.— RM bis spätestens Anfang Januar nicht zur Auszahlung kommt.

Als letzten und allem Anschein nach sichersten Weg bearbeite ich zur Zeit die Freimachung jüdischer Gelder. Von den aus jüdischem Eigentum beschlagnahmten Geldern wird den betreffenden Juden nur ein kleiner Betrag zur Verfügung gestellt. Die Gelder sind nach meinen Informationen zinsfrei bei den Banken angelegt. Diese Gelder können unter gewissen Voraussetzungen als zweitstellige Hypothek eingetragen werden, sofern der jüdische Eigentümer seine Genehmigung hierzu gibt. Als Anreiz für diese Genehmigung wird ihm von Seiten des Handelsministeriums die Genehmigung gegeben, einen gewissen, zu vereinbarenden Zinssatz (2 - 3%) zu beheben. Diese Möglichkeit wird zur Zeit mit dem Handelsministerium besprochen. Zusammenfassend ist zu sagen, dass folgende Kreditmöglichkeiten noch offen stehen:

- 1.) Sanierung durch das Reichsarbeitsministerium;
- 2.) Reichswirtschaftshilfe;
- 3.) Teilsanierung durch Darlehen des Reichspost;
- 4.) 2-stellige Hypothek aus jüdischem Kapital.

Ferner weise ich darauf hin, dass ich versucht habe, den Zinssatz der bisher gegebenen Hypotheken herabzusetzen. Bei der erstgestellten Hypothek für das "Braune Haus" in Höhe von 11.000.000.— Kronen, die durch die "Victoria" Versicherungsgesellschaft gegeben wurden, ist mir dieses trotz des Eingreifens des Herrn Ministerialrat Riehle und des Präsidents des Reichsverbandes gemeinnütziger deutscher Wohnungsunternehmen in Berlin, Dr. Brecht, nicht möglich gewesen. Wegen kleinerer Hypothekenbeträge, die von der Böhm. Unionbank gegeben wurden, hatte ich insoferne Erfolg, als eine Umschuldung für Anfang Januar durch Herrn Direktor Pohle zugesagt wurde.

Erwähnen möchte ich auch noch die Verhandlungen mit dem hiesigen Sozialministerium wegen einer Staatsbürgerschaft. Die Verhandlungen wurden vom Sozialministerium sehr in die Länge

241

gezogen, da dieses Ministerium angeblich erst mit dem hiesigen Innenministerium Fühlung nehmen musste, bezüglich der Berechtigung für eine deutsche Wohnbaugenossenschaft die Staatsbürgerschaft zu übernehmen. Nach etwa dreimonatiger Verhandlungsdauer erhielt ich am 12. Dezember durch Herrn Ministerialrat Dr. Slais die Auskunft, dass eine solche tschechische Staatsbürgerschaft möglich sei, sofern sich die Genossenschaft der Kontrolle des tschechischen Sozialministeriums unterwirft. Obgleich die Genossenschaft wegen der früher aufgenommenen Darlehen dieser Kontrolle unterliegt, halte ich es nicht für richtig, eine solche Bindung heute noch einzugehen. Diese Lösung könnte nur als letzter Ausweg benutzt werden. Es laufen deswegen am Rande Verhandlungen mit der Südtendutschen Union-Versicherungs-A.G. und der Riunione Adriatica die Sicurtà, Versicherungs-A.G., bezüglich Bereitstellung grösserer Summen als zweistellige Hypothek mit tschechischer Staatsbürgerschaft.

Ferner weise ich darauf hin, dass die finanziellen Schwierigkeiten der Genossenschaft behoben wären, wenn das "Braune Haus", bei dem die zweite Hypothek noch nicht gewährt wurde, verkauft wird. Der reine Bauwert beträgt etwa 1.800.000.— Reichsmark; Der Schätzwert mit dem Grundstück liegt bei 2.300.000.— Reichsmark. Die Victoria-A.G., welche die I. Hypothek gegeben hat, war bereit das Grundstück für 1.800.000.— Reichsmark käuflich zu erwerben. Da durch diesen Kauf die Schulden der Genossenschaft nicht voll abgedeckt wären und da es sich hier gegenüber dem Schätzwert um einen Verlust von 500.000.— RM handelte, bin ich nach Rücksprache mit Herrn Reg. Rat. Ludwig auf dieses Kaufangebot nicht eingegangen, zumal ein Kaufangebot der Prager Städtischen Versicherungsgesellschaft für 2.300.000.— RM vorlag. Da dieses Grundstück jedoch nicht in tschechische Hände übergehen kann, wurde dieses Kaufangebot abgelehnt. Nach Rücksprache mit Herrn Amtsrat Gavenat, der mir erklärte, dass für den Ankauf von Wohnungen Mittel beim Herrn Reichsprotector zur Verfügung ständen, habe ich das "Braune Haus" dem Herrn Reichsprotector für 2.300.000.— RM angeboten. Das Angebot wurde überprüft; Herr Amtsrat Gavenat erklärte mir, dass er nach Rücksprache mit dem betreffenden Referenten einen solchen Kauf nicht befürworten würde, da die Wohnungen im "Braunen Haus" für Reichsbedienstete nicht in Frage kämen. Dies wurde damit begründet, dass der wesentliche Anteil der Wohnungen Zwei- bis Dreizimmerwohnungen sind, d.h. also Wohnungen für mittlere Beamte. Die mittleren Beamten wären aber zum grossen Teil hier schon ansässige Volksdeutsche. Die vom Reichsprotector benötigten Wohnungen müssten ^{grössere} Ausmasse haben.

Dadurch hat sich auch dieser Kauf zerschlagen.

Ferner verweise ich auf Verhandlungen mit dem Stillhaltekommissar in Reichenberg, resp. mit der vom Stillhaltekommissar gegründeten Aufbaufonds-Ges.m.b.H. Sehr ausgedehnte Verhandlungen, die ich zuletzt mit dem Pg. Hoffmann selbst führte, gelangten zu dem Ergebnis, dass der Stillhaltekommissar bereit wäre 5.000.000.— Kronen als zweistellige Hypothek in Form eines dreijährigen Zwischenkredites zu gewähren, wenn ich den Nachweis erbringen könnte, dass nach drei Jahren ein anderes Bankinstitut diesen Kredit ablösen würde. Da mir dieser Nachweis nicht gelang, waren auch die Verhandlungen mit dem Stillhaltekommissar hinfällig.

Neben diesen Versuchen die Genossenschaft zu sanieren, habe ich von Anfang an die Voraussetzungen für eine Neubautätigkeit in grösserem Stil zu schaffen versucht. Dies deckt sich mit meinen Anweisungen durch den SS-Oberführer Stahleker, die ich auch wie bereits oben erwähnt, mit Herrn Reg. Rat Ludwig besprach. Da diese Neubautätigkeit von der Gruppe Gewerbliche Wirtschaft nach der heutigen Besprechung nicht gewünscht wird, habe ich heute sofort sämtliche Massnahmen für die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft rückgängig gemacht. Es wird deshalb in Folgendem nur stichwortartig auf die bisherigen Massnahmen eingegangen.

1.) Es wurde eine sehr grosszügige Planung für das Letnagelände auf dem Belvedere geschaffen und in Berlin Prof. Speer vorgelegt. Eine endgültige Entscheidung, ob auf diesem Gelände Wohnungsbauten oder Monumentalbauten vorgesehen sind, hat Prof. Speer dem Landesrat Niemayer überlassen. Niemayer hat seine Entscheidung für Ende dieses Jahres zugesagt. Sie steht vorläufig noch aus und ist von mir auch nicht angemahnt worden, weil die Genossenschaft vor einer Sanierung doch nicht bauen kann.

2.) Einem Auftrage der Poldihütte in Kladno entsprechend, wurden als I. Bauabschnitt 120 Wohnungen in der Planung fertiggestellt. Da die Poldihütte aus eigenen Mitteln eine Finanzierung besorgt und das Material zur Verfügung stellt, könnte sofort nach Aufhören des Frostes mit dem Bau begonnen werden, sofern die Genossenschaft bis dahin saniert ist.

3.) Das Reichspostministerium hat uns ausser in Prag noch die Vorbereitung für Bauten in folgenden Städten in Auftrag gegeben: Brünn, Mährisch-Osttau, Prerau, Pilsen, Iglau und Budweis. Die Landbeschaffung und Planung in Prerau ist beendet. In Brünn und Olmütz wird sie noch vor Weihnachten fertiggestellt. Die übrigen Planungen werden Anfang Januar 1940 fertig.

4.) In Olmütz hat uns die dortige Dienststelle der Gestapo in Verbindung mit der dortigen SS den Bau von 200 Siedlungshäusern aufgegeben. Für das Gelände ist eine Option erlangt. Die Planung ist fertig.

5.) Brünn, ist dasselbe Bauvorhaben in Arbeit.

6.) Die Betreuung des Bauvorhabens in Iglau wurde ebenfalls von Prag aus geführt. Bei dieser Siedlung ist für den I. Bauabschnitt von 36 Häusern am Sonnabend, den 2. Dezember das Richtfest gefeiert worden.

* Alle diese vorbereitenden Arbeiten für die Neubautätigkeit wurden durch die sogenannte "Hauptverwaltung" geführt. Diese Hauptverwaltung umfasste die Verwaltung:

- 1.) der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft in Prag, r.G.m.b.H.,
- 2.) des Prager Volkswohnungsvereines,

- 3.) der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft in Prag r.G.m.b.H., und
- 4.) seit neuester Zeit der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft in Olmütz, r.G.m.b.H.;
- 5.) Verwaltung von der Geheimen Staatspolizei beschlagnehmter Häuser.

Die Unkosten der Hauptverwaltung sollten anteilmässig auf die 4 Genossenschaften und die Gestapo-Hausverwaltung umgelegt werden.

In der heutigen Besprechung zwischen Herrn Reg.Rat Dr.Stier, Herrn Dr.Bayer und mir wurde von Seiten der Gruppe Gewerbliche Wirtschaft festgelegt, dass eine solche Neubautätigkeit nicht in das Aufgabengebiet des Treuhänders fällt. Aus diesem Grunde habe ich heute Anweisung gegeben, dass die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft in Zukunft nur noch verwaltende Tätigkeit hat, bis nach einer Sanierung eine neue Anweisung der Gruppe Gewerbliche Wirtschaft erteilt werden wird. Die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft wird deshalb von heute ab aus der "Hauptverwaltung" herausgenommen. Die Unkosten, die für die Hauptverwaltung für die Vorbereitung von Neubaufträgen angelaufen sind (Kauf eines Wagens, Tagegelder für Dienstreisen nach Brünn, Mähr.-Ostau, Prerau usw., Tagegelder für Angestellte der Wiener Firma, die mit der Landbeschaffung beschäftigt sind, usw.), werden nur unter die drei übrigen Genossenschaften verteilt. Die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft wird ausgenommen. Als Angestellte der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft werden nur diejenigen Mitarbeiter geführt, die bisher auch tatsächlich für die Verwaltung der Genossenschaft tätig waren.

Das sind:

- 1.) Der bisherige Geschäftsführer, Herr Dir. Rohm, mit der Hälfte seines Gehaltes, da er die andere Hälfte für seine Verwaltungstätigkeit beim Prager Volkswohnungsverein erhält..... RM 200.--
- 2.) Herr Frosch, Buchhalter,..... RM 207.50
- 3.) Herr Dr. Becker, der die Arisierung der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft und des Prager Volkswohnungsvereins betreibt mit der Hälfte seines Gehaltes..... RM 200.--
- 4.) Herr Baumeister Grützner, der zum größten Teil für die Reparaturen der Gestapo-Wohnungen tätig ist und dessen Gehalt insoweit durch den Vertrag mit der Gestapo gedeckt ist, mit einem Drittel seines Gehaltes..... RM 122.40

Uebertrag: RM 729.90

Uebertrag..... RM 729.90

5.) Frau Mikowetz,
Buchhaltungshilfskraft und Stenotypistin..... RM 180.--

RM 909.90

Die Tätigkeit des Herrn Dr. v. Alten und des Herrn Lahsberg, die die Leitung der Hauptverwaltung hatten und die mit ihren bisherigen Gehältern zu einem Viertel eingesetzt werden müssen, fallen, sofern die Kündigungsvereinbarungen und die Entlassung von der Gruppe Gewerbliche Wirtschaft ~~aus~~ genehmigt wird, aus. Ueber die von mir zu liquidierenden Spesen bitte ich mit der Gruppe Gewerbliche Wirtschaft gelegentlich sprechen zu dürfen. Da hierüber falsche Berichte vorliegen, möchte ich bemerken, dass ich von der Hauptverwaltung als Pauschalspesensatz, den Betrag von RM 600.-- monatlich mir habe auszahlen lassen, ohne jedoch Tagegelder und Uebernachtungskosten, oder sonstige Spesen zu berechnen. Lediglich die entstandenen Benzingelder und die Bahnfahrten habe ich in Rechnung gestellt. Diese 600.-- Reichsmark habe ich bisher nach dem Schlüssel, RM 300.-- für die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft in Prag, RM 200.-- für den Prager Volkwohnungsverein und RM 100.-- für die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft in Iglau verteilt. Das geschah auf Grund einer Besprechung mit Herrn Assessor Wesely bei dem Herrn Oberlandrat vom 18. August, über die ich seinerzeit den in Abschrift beiliegenden Aktenvermerk anfertigte, sowie auf Grund einer Besprechung mit dem Chef des Siedlungsamtes in Berlin vom 15. August l. J., der der Aufsichtsratsvorsitzer der übrigen in der Hauptverwaltung vereinigten Siedlungsgenossenschaften ist. Nachdem nunmehr die von mir treuhänderisch geleitete Siedlungsgenossenschaft nicht mehr an Neubauvorhaben beteiligt sein soll, werde ich bei der nächsten Besprechung mit der Gruppe Gewerbliche Wirtschaft um einen diesbezüglichen Vorschlag bitten. Da die bisher von der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft vorbereiteten Neubauvorhaben nunmehr durch den Prager Volkwohnungsverein nach dessen Sanierung durchgeführt werden können, müssen auch die entstandenen Unkosten diesen Verein zur Last fallen, sodass ich um Genehmigung bitte, nachträglich eine diesbezügliche Umbuchung bezüglich meiner Spesen vornehmen zu dürfen.

Prag, den 15.12.1939.

2 Abschriften anbei.

82017

Auszug aus dem Schreiben des Herrn Postmann
vom 15.12. 1939 an den
Herrn Reichsprotector in Böhmen und Mähren,
Gruppe Gewerbliche Wirtschaft,
z.H. von Herrn Reg. Rat Dr. Stier
über Herrn Dr. Bayer, P r ag.

Abs. 3./

Es musste ebenfalls darnach getrachtet werden, die jüdischen Mieter aus unseren Häusern zu entfernen. Bei meiner Uebernahme waren 168 Wohnungen von Juden bewohnt. Es bestand die Gefahr, dass bei einer sofortigen Kündigung sämtlicher Juden ein Teil der Wohnungen der Genossenschaft leer stehen würden und somit der Genossenschaft ein beträchtlicher Schaden entstehen würde. Deshalb besprach ich diese Angelegenheit mit:

- 1./ Herrn Reg. Rat Ludwig, Gruppe Gewerbliche Wirtschaft beim Reichsprotector,
- 2./ Herrn Reg. Assessor Wesely beim Herrn Oberlandrat,
- 3./ Herrn Reg. Rat Kolitz bei der Geheimen Staatspolizei.

Alle drei Herren erklärten mir, dass ich darauf keine Rücksicht zu nehmen habe, sondern dass allen Juden fristlos gekündigt werden müsse und dass man ihnen entgegenkommenderweise einen Auszugstermin bis zum 31. Oktober d.J. setzen könne. Das ist geschehen. Von den 168 gekündigten jüdischen Mietern, sowie von den von mir übernommenen 82 leer stehenden Wohnungen, sind inzwischen 80 Wohnungen wieder besetzt worden. Es stehen jetzt im ganzen 88 Wohnungen leer. Davon ist ein Teil bereits zum heutigen Tage / 15. XII. / bzw. zum 1. I. 1940 vermietet. Es ist damit zu rechnen, dass die anderen Wohnungen innerhalb von ein bis zwei Monaten ebenfalls besetzt werden.

Ausser dem Mietausfall durch leer stehende Wohnungen sind der Genossenschaft durch die Kündigung der jüdischen Mieter Unkosten insoferne entstanden, als die Wohnungen fast durchwegs in einem menschenunwürdigen Zustand übergeben wurden und renoviert und entwanzt werden mussten. Dieser Verlustposten kann zum Teil dadurch eingebracht werden, dass man die entstandenen Unkosten mit den bisher üblichen Mieterdarlehen verrechnet. Trotzdem entstehen hierdurch beträchtliche Schäden, die aus der politischen Situation heraus begründet sind.

22017

V
35
Jochen Tostmann
SS-Obersturmführer
Prag VII.
U Smaltovny 3.

Prag, den 16. Dezember 1939.

P e r s ö n l i c h !

Herrn

Dr. Egerer,
"Retog" Revisions- und Treuhand A.G.

Prag II.

Jungmannstrasse 7.

Sehr geehrter Herr Dr. Egerer !

Mir wurde gestern von Herrn Regierungsrat Dr. Stier auszugsweise der letzte Revisionsbericht über die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft vorgelegt.

Es wurde mir hierbei erklärt, dass die Revisoren die gesamten Unkosten für die Hauptverwaltung den früheren Unkosten für die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft gegenüber gestellt haben. Hierbei musste man naturgemäss zu einem erschütternden Resultat bezüglich des Ansteigens der Unkosten gelangen.

Ich habe daraufhin Herrn Regierungsrat Dr. Stier und Herrn Dr. Bayer erklärt: "Wenn in dem Bericht nicht erwähnt worden ist, dass ein Teil der augenblicklichen Arbeitskräfte für die neu hinzugekommene Verwaltung der Gestapowohnungen, des Prager Volkswohnungsvereines und für das neue Bauvorhaben der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft in Iglau tätig ist, so ist der Bericht falsch."

Ihnen persönlich darf ich sagen, dass ich mir nicht vorstellen kann, dass hier nur eine Fahrlässigkeit vorliegt,

18017

247

da ich beiden Herren die Verhältnisse mehrfach auseinandergesetzt habe und auch Herr Dr. von Alten-Bockum und Herr Lahsberg mir während der Revision erklärten, dass sie mit Herrn Dr. G ü l l e m a n n über diesen Punkt gesprochen hätten.

Ausserdem hat der Buchhalter W e s e l y in Gegenwart von Frau M i k o w e t z den Revisoren die Arbeiten der Hauptverwaltung erklärt und mitgeteilt, dass die Unkosten der Hauptverwaltung am Schluss in 4 resp. 5 Teile aufgeteilt werden müssen.

Um mich aber auf jeden Fall vor falschen Auffassungen zu sichern, hatte ich Herrn Dr. G ü l l e m a n n einen schriftlichen Aktenvermerk von mehreren Seiten über die Arbeiten der Hauptverwaltung ausgehändigt.

Sie können sich denken sehr verehrter Herr Dr. Egerer, dass ich zumindest über die Art des Berichtes erstaunt war, wenn diese Aufteilung, wie mir auf der Gruppe Gewerbliche Wirtschaft gesagt wurde, nicht klar zum Ausdruck gekommen ist.

Herr Regierungsrat Stier hat anlässlich der gestrigen Besprechung Herrn Dr. Bayer gebeten, sich an die "Retog" zu wenden, um dieses aufzuklären.

Ich bin weiterhin aufgefordert worden einen Bericht über meine Tätigkeit als Treuhänder umgehend einzusenden. Eine Abschrift dieses Berichtes lege ich Ihnen zur Kenntnisnahme bei, mit der Bitte, mir diesen Bericht noch im Laufe des Dezembermonates zurückzureichen.

Fernerhin überreiche ich Ihnen in der Anlage eine Aufstellung über die Unkosten /Gehälter- Regie- Spesen- Bürobedarf u. s. w./ die nur durch die Verwaltungstätigkeit für die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft allein entstanden sind.

Ich gelangte zu den darin aufgeführten Zahlen indem ich aus den Kosten der Hauptverwaltung diejenige schon jetzt ausschied, die zum Schluss des Jahres bestimmungsgemäss für die reine Verwaltungstätigkeit der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft umgebucht werden sollten.

Nach Abzug der im Jahre 1939 für die Hausverwaltung etc. an die Funktionäre der alten Genossenschaft ausgezahlten Unkosten für Rechnung des Jahres 1938 bleibt der Betrag von

K 96.736.80 Januar-November 1939.

Demgegenüber stehen die Regieunkosten der alten Baugenossenschaft mit

K 85.692.10

für das Jahr 1938 einschliesslich den im Jahre 1939 nachträglich für Rechnung 1938 ausgezahlten Unkosten für die Funktionäre der alten Genossenschaft für Hausverwaltung u.s.w.

Diese Steigerung der Unkosten entspricht bei weitem nicht den angeblich in dem Bericht des Herrn Dr. Güllemann erwähnten Mehrkosten. Sie ist darauf zurückzuführen, dass eine Umorganisation der ganzen Gesellschaft notwendig gewesen ist, z.B. die Inangriffnahme der Arisierung, Neuordnung der Buchhaltung sowie die Neueinrichtung der Mieterkartei.

Ausserdem ist durch Uebernahme der Verwaltung des Wohnblocks " Braunes Haus " eine erhebliche Vergrösserung der Verwaltung erforderlich gewesen, wohingegen die Verwaltung während der Bauaktion mit den Unkosten des Baues verbucht werden konnte.

Indem ich Sie nochmals höflichst bitte, diese Angelegenheit voll zur Aufklärung zu bringen, bin ich mit ergebenen Gruss und

Heil Hitler!
Ihr

2 Anlagen.

Jochen Tostmann

Prag VII

Prag, den 16. Dezember 1939.

U Smaltovny 3.

V

Herrn

Stadtrat Architekten

Schicketanz,

Prag VII.

U Smaltovny 3.

Sehr geehrter Herr Schicketanz !

Auf Grund unserer gestrigen Besprechung, habe ich mit Wirkung vom 1. Januar 1940 die Unkosten für die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft, früher Baugenossenschaft für Bank- und Sparkassenbeamte rücksichtslos gesenkt.

An Gehaltsunkosten werden ab 1. Januar 1940 folgende Beträge anfallen:

- 1./ Derbisherige Geschäftsführer Herr Dir. R o h m, mit der Hälfte seines Gehaltes, da er die andere Hälfte für seine Verwaltungstätigkeit beim Prager Volkswohnungsverein erhält..... RM 200.--
 - 2./ Herr P r o s c h, Buchhalter..... " 207.50
 - 3./ Herr Dr. B e c k e r, der die Arisierung der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft und des Prager Volkswohnungsvereines betreibt, mit der Hälfte seines Gehaltes..... " 200.--
 - 4./ Herr Baumeister G r ü t z n e r, der grösstenteils für die Reparaturen der Gestapo-Wohnungen tätig ist und dessen Gehalt insoweit durch den Vertrag mit der Gestapo gedeckt ist, mit einem Drittel seines Gehaltes " 122.40
- Uebertrag RM 729.90

Uebertrag RM 729.90

5./ <u>Frau Mikowetz</u>	
Buchhaltungshilfskraft und	
Stenotypistin.....	" 180.--
	<u>RM 909.90</u>

Bezüglich meiner Spesen werde ich der Gruppe Gewerbliche Wirtschaft bei dem Herrn Reichsprotector in Böhmen und Mähren vorschlagen, dass ich als Vertrauensspesen einen monatlichen Satz von RM 200.-- erhalte und dass in diesem Satz sämtliche Tagegelder, Uebernachtungskosten etc. ausser reinen Fahrkosten enthalten sein werden.

In Anbetracht Ihres berechtigten Interesses an der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft werde ich mir erlauben Sie in Zukunft über allenwichtigen Fragen der Genossenschaft zu unterrichten.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich Ihnen noch einmal für die in Aussicht gestellte Hilfe bei meiner zur Zeit schwierigen Arbeit danken.

Mit herzlichen Gruss und

Heil Hitler!

57017



An die
Gruppe Gewerbliche Wirtschaft
beim Herrn Reichsprotector in Böhmen und Mähren,
z.H.Herrn Dr. Ludwig;

Bayer
P r a g.

I./Ku.

20.XII., 1939.

Bayer
Sehr geehrter Herr Dr. Ludwig!

Darf ich Sie um die Entscheidung der Gruppe Gewerbliche Wirtschaft bezüglich der fristlosen Entlassung des Herrn Dr.v.Alten-Bockum und über die Vereinbarung bezüglich des Lösens des Arbeitsverhältnisses mit Herrn Lahsberg bitten. Ein Antrag auf diesbezügliche Entscheidung wurde von mir am 16. XII.1.J. an die Gruppe Gewerbliche Wirtschaft gestellt.

Heil Hitler!

**Der Treuhänder der Gemeinnützigen
Siedlungsgenossenschaft in Prag**
registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung

41056

SS-Obersturmführer Jochen Tostmann,
Prag VII., U Smaltovny 1218.

An den
SS-Sturmbannführer Oberreg. Rat G i e s s,

Prag - Burg,

(Vorzimmer Staatssekretär Frank)

I./Ku.

Prag, den 21.12.1939.

Von Seiten der hiesigen Kreisleitung (Kreiswirtschaftsberater Essler) und von Seiten der Gruppe Gewerbliche Wirtschaft (Dr. Stier und Dr. Bayer) werden mir Vorwürfe gemacht, dass die Unkosten in der von mir treuhänderisch geleiteten Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft in Prag, r.G.m.b.H., unverhältnismässig gestiegen sind. Die genannten Stellen kommen zu diesen Vorwürfen durch Berichte früherer Angestellter, von denen der eine fristlos entlassen wurde und der andere in Form einer Uebereinkunft ging, dessen Bericht aber, die auch in der Genossenschaft angestellt war, wegen sätlicher Verfehlungen fristlos entlassen werden musste. Diese ehemaligen Angestellten behaupten von der Gruppe Gewerbliche Wirtschaft, Herrn Dr. Bayer, zu diesen Berichten aufgefordert worden zu sein und auch verpflichtet, mir nichts davon zu sagen. Inzwischen hat eine Revision stattgefunden, deren Ergebnis mir nur auszugsweise in einer Besprechung mit Dr. Stier und Dr. Bayer bekanntgemacht wurde. Diese Revision stellt richtig fest, dass die Unkosten nach der Uebernahme meiner Treuhänderschaft wesentlich höher sind, als früher.

Das hängt damit zusammen, dass die Genossenschaft früher eine Verwaltungsgenossenschaft war, während nunmehr von mir mehrere grosse Bauvorhaben vorbereitet werden. Die Gruppe Gewerbliche Wirtschaft steht auf dem Standpunkt, dass die Vorbereitung solcher Bauvorhaben nicht Sache eines Treuhänders sei, sondern dass der Treuhänder lediglich zur Unkostenenkung und zur Sanierung eines Unternehmens da sei. Ich habe Herrn Dr. Stier davon unterrichtet, dass ich auf Veranlassung des SS-Oberführer Stahlecker und SS-Oberführer von Gottberg als Treuhänder eingesetzt wurde, mit dem Ziel, neue Bauvorhaben durchzuführen. Da dies von der Gruppe Gewerbliche Wirtschaft nicht anerkannt wird und ich entgegen den früher erteilten Weisungen durch Herrn Reg. Rat Ludwig allein Herrn Dr. Stier verantwortlich bin, bitte ich um Absetzung eines Schreibens an die Gruppe Gewerbliche Wirtschaft und an die Kreisleitung, in dem mitgeteilt wird, dass ich den Auftrag habe, neue Bauvorhaben vorzubereiten.

./.

41012

Ich belästige Sie mit diesen Zeilen deswegen noch vor Weihnachten, weil von Seiten der Kreisleitung angeregt worden sein soll, mich noch in diesen Tagen als Treuhänder abzubrufen. Dieses würde ein Prestige-Verlust für mich als SS-Mann sein.

Zu Ihrer Unterrichtung füge ich ein Aktenstück bei, enthaltend:

- 1.) einen Bericht über meine Tätigkeit als Treuhänder vom 15.12.1939;
- 2.) ein Schreiben an die Revisions- und Organisations-Ges.m.b.H. "Retog".

Das Durchlesen dieses Aktenstückes ist nur dann erforderlich, wenn von Seiten der Gruppe Gewerbliche Wirtschaft meine Abberufung erwogen wird. Dies wird durch einen telefonischen Anruf bei Dr. Stier festzustellen sein.

Heil Hitler!

1 Anlage.



17017

An den
Herrn Reichsprotector in Böhmen und Mähren,
Gruppe Gewerbliche Wirtschaft,
z.H.Herrn Dr. Bayer,

P r a g .

I./Ku.

21. Dez., 1939.

Sanierung der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft
in Prag, r.G.m.b.H., Prag.

Sehr geehrter Herr Dr. Bayer!

Eine Besprechung mit Herrn Amtsrat Gavenat von der Gruppe 10 bei dem Herrn Reichsprotector am 16.12.39 hat ergeben, dass Herr Ministerialrat Dr. E b e l vom Reichs-Arbeitsministerium eine Sanierung der Genossenschaft durch Gewährung eines niedrig verzinslichen Darlehens in Höhe von RM 700.000.-- in Aussicht gestellt hat. Ein diesbezüglicher Antrag müsste von dem Herrn Reichsprotector eingebracht werden. Herr Amtsrat Gavenat hat diesen Antrag bereits ausgearbeitet und von dem Gruppenleiter, Herrn Ministerialrat Dr. Bertsch, unterschreiben lassen. Herr Amtsrat Gavenat erklärte, es sei zweckmässig, diesen Antrag vom Staatssekretär Dr. Frank zeichnen zu lassen. Vorher müsse jedoch Herr Ministerialrat Dr. Gasl noch seine Unterschrift geben.

Der Unterzeichnete hofft, dass dieser Antrag noch vor den Feiertagen an das Reichsarbeitsministerium abgesandt werden kann.

Heil Hitler!

**Der Treuhänder der Gemeinnützigen
Siedlungsgenossenschaft in Prag**
registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung

57013

44

An den
Herrn Reichsprotector in Böhmen und Mähren,
Gruppe Gewerbliche Wirtschaft,
z.H.Herrn Dr. B a y e r,

P r a g.

I./Ku.

Prag, den 21.XII.1939

Sehr geehrter Herr Dr. Bayer!

Um mich gegen eventuell gegen mich gemachte Vorwürfe von Seiten des Herrn Dr.v.Alten-Bockum und des Herrn Lahsberg rechtfertigen zu können, wäre ich Ihnen ausserordentlich dankbar, wenn die von beiden Herren an Sie gesandten Berichte, mir zur Kenntnis gebracht werden könnten.

Um Sie in dieser Angelegenheit nicht zu belästigen, hatte ich mit Herrn Lahsberg gesprochen und ihn gebeten, mir eine Abschrift seines Berichtes zur Verfügung zu stellen. Herr Lahsberg erklärte, dass er zu diesem Bericht von Ihnen veranlasst worden sei und dass Sie ihn verpflichtet hätten, mir über diesen Bericht keine Mitteilung zu machen. Aus diesem Grunde könne er mir den Bericht nicht weitergeben. Lahsberg erklärte sich jedoch bereit, bei Ihnen diesbezüglich anzufragen und sich von Ihnen die Genehmigung geben zu lassen, den Durchschlag dieses Berichtes an mich weiterzugeben.

Da ich jedoch mit Herrn Dr.v.Alten keinerlei Verbindungen mehr habe, bitte ich Sie höflichst auch dessen Bericht mir zur Einsichtnahme vorlegen zu lassen.

Heil Hitler!

SS-Obersturmführer

STOIS

256

Aktenvermerk.
für Herrn T o s t m a n n .

V
1003

Assesor

Um 12 Uhr 15 hat Herr K o p p von der Gruppe Gewerbliche Wirtschaft bei Herrn Reichsprotector in Böhmen und Mähren angerufen und mir folgenden Briefftext diktiert:

Der Reichsprotector
in Böhmen u. Mähren

VII./3 12161/39

Auf das Schreiben vom 15.12.1939 2-2 teile ich mit, dass gegen die von Ihnen beabsichtigte, mit Herrn L a h s b e r g ebenfalls schon vereinbarte Entlassung des Genannten aus der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft in Prag, mit einer weiteren Zahlung eines Monatsgehältes für den Monat Januar 1940, keine Bedenken bestehen.

Ich bitte Lahsberg, sofern er um die Auszahlung dieses Januargehältes nachsucht, es ihm auszuzahlen.

Der Reichsprotector
in Böhmen u. Mähren
gezeichnet
Assesor K o p p .

Ferner teilte Assesor K o p p noch mit, dass sie in Sachen Dr. von Alten-Bockum vorerst nichts tun können. Es wäre das geeignetesten, wenn man die diesbezüglich ausgesprochene fristlose Kündigung in eine fristgerechte umwandeln würde.

Assesor K o p p bat noch um Ihren Anruf bis 14 Uhr.

Prag, den 22. Dezember 1939.

Lahsberg

257

1003

An den

Obersturmbannführer
Regierungsrat Dr. J e s c h k e,
über den SS-Obersturmbannführer
Oberregierungsrat Dr. G i e s s,
Geheime Staatspolizei,

P r a g II.

I.TC./SO.

22.12.1939.

Entziehung des Durchlasscheines für Dr. jur. Herbert von Alten-Bockum.

Obersturmbannführer !

Herr Dr. jur. Herbert von Alten-Bockum, der Angestellter in der von mir treuhänderisch geleiteten Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft in Prag war, wurde am 15. Dezember d. J. fristlos gekündigt, weil er bei hiesigen Dienststellen falsche Gerüchte über die Genossenschaft und deren Leiter in Umlauf gesetzt hatte.

Auf Veranlassung der Gruppe Gewerbliche Wirtschaft bei dem Herrn Reichsprotector in Böhmen und Mähren, der ich als Treuhänder unterstehe, wurde diese fristlose Entlassung zurückgenommen und in eine fristgerechte Kündigung zum 31. März 1940 umgewandelt, mit der Vereinbarung, dass Dr. von Alten-Bockum ab 23. Dezember d. J. jede Beziehung zu der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft aufgegeben hat.

Da ich weiss, dass Dr. von Alten weiterhin infolge seiner politischen Einstellung das Ansehen der Genossenschaft schädigen wird, lege ich Wert darauf, dass er das Protectoratsgebiet verlässt.

Er gab mir heute die Bestätigung, dass er keine neue Stellung in Aussicht habe, sondern dass er frühestens am 1. April 1940 bei der nunmehr in deutsche Hände übergegangenen Sozial-Versicherungs-Anstalt eintreten könne.

Da wir in Zukunft mit diesem Institut zusammenzuarbeiten haben, wäre es für die Genossenschaft schädlich, wenn Herr Dr. von Alten-Bockum dort eintritt.

Ich bitte deshalb auf Grund der Verfügung, dass kein Reichsdeutscher sich im Protektorat aufenthalten darf, der hier nicht beruflich zu tun habe, Herrn Dr. von Alten-Bockum aus dem Protektorat auszuweisen.

Das trifft Herrn Dr. von Alten-Bockum auch insofern nicht so hart, als er seine Möbel noch in Berlin stehen hat.



Heil Hitler

SS-Obersturmführer.

07017

48

An den
SS-Standartenführer Schröder,
Prag,
Hotel Esplanade.

I./Ech./Ku.

6.I.1940.

In der Anlage überreiche ich Ihnen eine Zusammenstellung der in der Zeit meiner Leitung bei den Wohnungsunternehmen und der Verwaltung beschlagnahmter Gestapo-Häuser und zwar

für die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft in Prag vom 1. August 1939 bis 31. Dezember 1939,

für den Prager Volkswohnungsverein vom 1. September 1939 bis 31. Dezember 1939 und

für die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft in Iglau vom 24. September 1939 bis 31. Dezember 1939, sowie

der Verwaltung beschlagnahmter Gestapo-Häuser vom 9. August 1939 bis 31. Dezember 1939.
entstandenen Geschäftsunkosten.

Fernerhin übergebe ich Ihnen beigezeichnet die Aufstellung der Geschäftsunkosten des Prager Volkswohnungsvereines vom 1. Januar 1939 bis einschliesslich August 1939 und der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft in Prag vom 1. Januar 1939 bis einschliesslich Juli 1939.

Zu der Unkostenverteilung der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft und des Prager Volkswohnungsvereines habe ich Folgendes zu bemerken:

Die von mir in Aussicht genommene Neubautätigkeit, die ursprünglich über die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft geführt werden sollte und die damit verbundenen Unkosten in verwaltungsmässiger und sachlicher Hinsicht sind auf Wunsch des Reichsprotectors, Gruppe Gewerbliche Wirtschaft, von der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft heruntergebucht und dem Prager Volkswohnungsverein aufgelastet worden (z.B. Neubaukonto Kladno, Konto Reisekosten). Die hierfür getätigten Ausgaben sollen nach Herbeiführung der Liquidität meiner Wohnungsunternehmen und Aufnahme der Bauvorhaben auf diese umgelegt und aktiviert werden.

./.

49

Zu den Geschäftskosten aus der Zeit vor meiner Uebernahme der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft in Prag und des Prager Volkwohnungsvereines bitte ich Sie Folgendes zu berücksichtigen:

In den Posten "Gehälter und Renumerationen" sind bei der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft in Prag Zahlungen mit enthalten, die im Jahre 1939 für Rechnung 1938 an Funktionäre der ehemaligen Genossenschaft gezahlt worden sind. Fernerhin habe ich festgestellt, dass in den alten Büchern, sowohl des Prager Volkwohnungsvereines, wie der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft in Prag verschiedene tatsächliche Geschäftskosten nicht unter diesen Konten verbucht worden sind. Es sind zum Beispiel für büromässige Hausverwaltungstätigkeit ehemaliger Funktionäre die Hauskonten belastet worden. Ausserdem weise ich hierbei darauf hin, dass der ehemalige Geschäftsführer des Prager Volkwohnungsvereines und der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft in Prag, Herr Rohn, gegen beide Unternehmen noch grössere Forderungen (120.000.-- und 200.000 Kronen) für Hausverwaltungstätigkeit aus der vor meiner Uebernahme liegenden Zeit geltend macht (siehe Rückstellung "Rückstellungsbericht"). Diese schwer feststellbaren und dubiosen Zuwendungen und Forderungen habe ich in meinen Aufstellungen nicht mit erfasst.



Heil Hitler!

Anlagen.

82017

An den
Herrn Reichsprotector in Böhmen und Mähren,
Gruppe Gewerbliche Wirtschaft,

P r a g.

1003

I./Ku.

8.I.1940.

Hierdurch teile ich Ihnen mit, dass im Auftrage des
Chefs des Rasse- und Siedlungshauptamtes-SS, SS-Gruppen-
führer Pancke, vom 3. - 7. I. l.J. der SS-Standartenführer
S c h r ö d e r bestimmte Vorgänge bei der Gemeinnützigen
Siedlungsgenossenschaft in Prag geregelt hat. SS-Standartenfüh-
rer Schröder ist als Leiter der Berliner städtischen Siedlungs-
gesellschaft Fachmann auf dem Gebiete des Wohnungsbaues.



Der Treuhänder der Gemeinnützigen
Siedlungsgenossenschaft in Prag
registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung

71081

1003

An den
Chef des Siedlungsamtes im Rasse- und Siedlungshauptamt-SS,
SS-Gruppenführer Freiherr von Holzschuher,
Berlin SW 68,
Hedemannstrasse 24.

I./Ku.

8.I.1939.

Gruppenführer!

Anliegend wird ein Aktenvermerk über die Besprechung
mit SS-Standartenführer Schröder mit den dazu gehörigen
Anlagen zur Kenntnisnahme überreicht.

Heil Hitler!

Der Treuhänder der Gemeinnützigen
Siedlungsgenossenschaft in Prag
registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Anlage.

1003

1003

An den
SS-Sturmabannführer Oberregierungsrat Dr. Giess,

P r a g

Cerninpalais.

I./Ku.

9.I.1940.

Sturmabannführer!

Im Anschluss an die mündliche Besprechung vom 25. Dezember v.J., in der Sie mir den Durchschlag eines Schreibens Herrn Ministerialrat Dr. Bertsch an die Herren Oberlandräte in Böhmen und Mähren vom 17. Dezember v.J. zur Stellungnahme überreichten, teile ich Folgendes mit:

a.) Gesetzliche Grundlagen.

Nach meinen Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium ist im Augenblick nicht damit zu rechnen, dass von Seiten des Reiches Mittel für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Die Mittel müssen deshalb aus dem Protektorat fließen. Diese Möglichkeit besteht, wenn sich die betreffenden Wohnungsunternehmen den Bestimmungen des tschechischen Sozialministeriums unterwerfen. Hingegen habe ich insoferne Bedenken, als dieses Ministerium dadurch

- 1.) Einfluss auf die Wohnungsunternehmen und auf die Vermietung der Wohnungen nimmt und
- 2.) die Grösse der Wohnungen vorschreibt, deren Höchstbegrenzung 52 m² ist.

Trotzdem muss meiner Ansicht nach dieses Uebel zunächst in Kauf genommen werden, bis das Reich sich bereit erklärt, von sich aus Mittel zur Verfügung zu stellen.

b.) Die Erfahrung im Reich hat gezeigt, dass die Einschaltung der Gemeinden als Bauträger aus folgenden Gründen unzweckmässig ist:

1.) Der Bau wird verteuert, da die Gemeinden durch Mangel an Erfahrung nicht in der Lage sind mit den Bauunternehmern die richtigen Preise festzusetzen.

2.) Die Verwaltung der Wohnungen durch die Gemeinde bietet für den Bürgermeister, abgesehen von Arbeitsbelastung, insoferne Schwierigkeiten, als der Bürgermeister häufig aus politischen Gründen Mieter aufnehmen muss, die ein Wohnungsunternehmen ablehnen kann.

Nach dem Schreiben des Herrn Ministerialrat Dr. Bertsch sollen dann die deutschen gemeinnützigen Wohnungsunternehmen als Bauträger eingeschaltet werden, wenn eine Einschaltung der Gemeinde als Bauträger nicht möglich ist. Hiervon nimmt Herr Ministerialrat Dr. Bertsch ausdrücklich die Baugenossenschaften aus. Im gesamten Protektoratsgebiet gibt es nur ein Wohnungsunternehmen, das nicht die Form einer Genossenschaft hat; dieses ist die Gemeinnützige Baugesellschaft für Arbeiter- und Kleinwohnungen A.G. in Brünn, die nach den Aktionären, Aufsichtsrats- und Vorstandsmitgliedern als jüdisches Unternehmen bezeichnet werden muss. Meine Verhandlungen über eine Arisierung dieses Unternehmens sind bisher gescheitert.

Die übrigen in dem Schreiben von Herrn Ministerialrat Dr. Bertsch erwähnten Punkte decken sich mit meinen bisherigen Bestrebungen. Erwähnt muss jedoch werden, dass ich mit den, dem Schreiben beiliegend aufgeführten Wohnungsunternehmen die Fühlung aufgenommen habe. Arbeitsfähig ist im Augenblick nur die bereits erwähnte Gemeinnützige Baugesellschaft für Arbeiter- und Kleinwohnungen A.G. in Brünn. Alle anderen Genossenschaften stehen kapitalmässig so schlecht da, dass sie nicht in der Lage sind, das notwendige Eigenkapital in Höhe von 10% der Gesamtstellungskosten aus eigenen Mitteln aufzubringen. Die Leitung aller erwähnten 18 Wohnungsunternehmen ist ehrenamtlich, sodass man nicht von einem vorhandenen arbeitsfähigen Apparat reden kann. Aus diesem Grunde habe ich auf Veranlassung des SS-Oberführer von Gottberg die Leitung folgender Genossenschaften übernommen:

- 1.) Baugenossenschaft für Bank- und Sparkassenbeamte in r.G.m.b.H. Prag,
jetzt: Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft in Prag, /
- 2.) Prager Volkswohnungsverein, r.G.m.b.H.
- 3.) Nordmährische gemeinnützige Heim- und Grundverwertungs-Genossenschaft in Olmütz, r.G.m.b.H., jetzt: Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft in Olmütz, r.G.m.b.H.,
- 4.) Deutsche gemeinnützige Beamten-Bau- und Wohnungsgenossenschaft in Iglau, r.G.m.b.H., jetzt: Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft in Iglau, r.G.m.b.H.

Da sich die Verhandlungen in Mährisch-Ostrau, Brünn, Pilsen und Budweis wegen Uebernahme einer örtlichen Genossenschaft in die Länge ziehen, stehe ich auf dem Standpunkt, dass durch die oben genannten vier Genossenschaften die Siedlungen, resp. Wohnungsbauten durchgeführt werden können, und zwar durch die beiden Prager Genossenschaften in Böhmen und durch die Iglauer Genossenschaft in Mähren. Es ist jedoch erforderlich, für diese Genossenschaften das Eigenkapital zu beschaffen. Deswegen verweise ich auf meinen seinerzeitigen Vorschlag, diese Genossenschaften dadurch zusammenzufassen, dass jede Genossenschaft nach ihrer Sanierung (nur nötig für die beiden Prager Unternehmen) als Gesellschafter einer zu gründenden Dach-G.m.b.H. auftreten und dass weitere Gesellschafter für diese G.m.b.H. hinzugezogen werden. Mit Unterstützung des Herrn Reichs-

protectors müsste es möglich sein, Gemeinden und auch grössere Industriewerke zu veranlassen, beträchtliche Summen als Gesellschaftskapital in diese Dach-GmbH. einzuzahlen, um damit das Eigenkapital für die von den Gemeinden resp. Industriewerken gewünschten Wohnungen zu schaffen. Bevor ich jedoch die Verhandlungen mit den Gemeinden und Industriewerken aufnehme, bitte ich noch um Bestätigung, dass dieser Weg auch von SS-Gruppenführer Staatssekretär Frank für richtig gehalten wird.

Heil Hitler!

Der Treuhänder der Gemeinnützigen
Siedlungsgenossenschaft in Prag
registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung



11007

55

Zur Ablage

1003

An den
stellvertretenden kommissarischen Leiter
des Bodenautes,
SS-Obersturabannführer Dr. Bartholomeyczik,

Prag I.,
Wenzelsplatz 56.

II.u.III./I./Ku.

10.II.1940.

Revision des Prager Volkswohnungsvereines und der
Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft.

Obersturabannführer!

Da die beiden Prager Wohnungsunternehmen augenblicklich mit Jahresabschlussarbeiten überbeschäftigt sind, mache ich als Leiter beider Gesellschaften auf die Schädigung aufmerksam, die dadurch entsteht, dass durch eine sofort angesetzte Revision die Bilanzarbeiten verzögert werden. Die Arbeiten würden nicht nur durch ständige Rückfragen der Revisionsbeamten, sondern vor allen Dingen auch durch die im Betrieb entstehende Unruhe verzögert, wenn innerhalb von vier Monaten die vierte Revision eingesetzt würde. Ich erlaube mir hiermit darauf hinzuweisen, dass in der gestrigen Besprechung der Oberregierungsrat Dr. Giess mich fragte, was ich dagegen unternommen hätte, dass eine ausserprogrammässige Revision der Genossenschaft durchgeführt worden wäre, da doch in einer solchen ausserprogrammässigen Revision ein gewisses Misstrauen dem Geschäftsführer gegenüber zu erblicken sei.

Falls Sie auf Ihrem Standpunkt bestehen bleiben, eine sofortige Revision durchzuführen, bitte ich um vorherige Benachrichtigung der Gruppe Gewerbliche Wirtschaft.

Heil Hitler!

Der Treuhänder der Gemeinnützigen
Siedlungsgenossenschaft in Prag
registrierte Genossenschaft mit Beschränkung

In Auftrage
JK

410017

267

Zur Ablage

An den
stellvertretenden kommissarischen Leiter
des Bodenamtes,
SS-Obersturmbannführer Dr. Bartholomeyczik,

✓
1003

Prag I.,
Wenzelsplatz 56.

II.u.III./I./Ku.

10.II.1940.

Revision des Prager Volkswohnungsvereines und der
Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft.

Obersturmbannführer!



Da die beiden Prager Wohnungsunternehmen augenblicklich mit Jahresabschlussarbeiten überbeschäftigt sind, mache ich als Leiter beider Gesellschaften auf die Schädigung aufmerksam, die dadurch entsteht, dass durch eine sofort angesetzte Revision die Bilanzarbeiten verzögert werden. Die Arbeiten würden nicht nur durch ständige Rückfragen der Revisionsbeamten, sondern vor allen Dingen auch durch die im Betrieb entstehende Unruhe verzögert, wenn innerhalb von vier Monaten die vierte Revision eingesetzt würde. Ich erlaube mir hiermit darauf hinzuweisen, dass in der gestrigen Besprechung der Oberregierungsrat Dr. Giess mich fragte, was ich dagegen unternommen hätte, dass eine ausserprogrammässige Revision der Genossenschaft durchgeführt worden wäre, da doch in einer solchen ausserprogrammässigen Revision ein gewisses Misstrauen dem Geschäftsführer gegenüber zu erblicken sei.

Falls Sie auf Ihrem Standpunkt bestehen bleiben, eine sofortige Revision durchzuführen, bitte ich um vorherige Benachrichtigung der Gruppe Gewerbliche Wirtschaft.

Heil Hitler!

1003

M. Crofky
TK.

576

GEMEINNÜTZIGE SIEDLUNGSGENOSSENSCHAFT IN PRAG

R. G. M. B. H.

DER TREUHÄNDER

Prag VII., U Smaltovny 3 • Telefon 757-18 • Bankverbindung: Böhmisches Escompte Bank • Postsparkasse: Prag 7411

Herrn
Joachim L a h s b e r g,
Prag XIX.,
U narodny obrany 31/28.

Ihr Zeichen:

Unser Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

Tag:

I./Echt./Ku.

15.1.1940.

Betrifft:

Sehr geehrter Herr Lahsberg!

Hierdurch bitte ich um ungehende Mitteilung, ob Sie Briefe der Ersten Gemeinnützigen Baugesellschaft für Kleinwohnungen aus Wien, z.B. Spesenaufstellungen usw., noch in Ihrem Besitz haben, bzw. ob Sie diese dem Herrn Reichsprotector, Gruppe Gewerbliche Wirtschaft, eingereicht haben.

Fernerhin bitte ich Sie um Ueberweisung von K 22.-- anteilige Lichtkosten für Ihre ehemalige Wohnung U Smaltovny Nr. 2/D 18.

Der Hausmeister Rösl hat mir mitgeteilt, dass Frl. Heitzer das Waschbecken im Mädchenzimmer zerschlagen hat. Die Neuanschaffungskosten betragen $\text{K } 366.60$, zuzüglich Montage, zusammen K 450.--. Ich bitte Sie zu veranlassen, dass dieser Betrag ebenfalls an mich überwiesen wird.

Heil Hitler!

**Der Treuhänder der Gemeinnützigen
Siedlungsgenossenschaft in Prag**
registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung

N.C. Fernerhin vermissee ich in der von Ihnen zurückgelassenen Dokumentenmappe den Mietvertrag der Braunen-Haus-Wohnungen mit der Gestapo. Ich bitte um Mitteilung, wem Sie den Vertrag übergeben haben.

D.O.

W E N D E N !

57a

Eingang:

GEMEINNÜTZIGE WERBUNGSGENOSSENSCHAFT IN PRAG

963 7. JAN. 1940

Zurück mit dem Bemerkten, daß mir sämtliche Vorgänge unbekannt sind.

Heil Hitler!

Prag, den 17. Januar 1940



19017

269

Zur Ablage *Tost* ⁵⁸

Jochen Tostmann
W-Obersturmführer

7003

Prag, am 13. Februar 1940
U Smaltovny 3

An den
W-Obersturmbannführer Dr. Bartholomeyczik
stellv.komm.Leiter des Bodenamtes
P r a g , Wenzelsplatz 56

Betrifft: Revision der Gemeinnützigen Siedlungsgenossen-
schaft in Prag, reg.G.m.b.H., und des
Prager Volkswohnungsvereins durch das Bodenamt.

Bezug: Mündliche Besprechung bei W-Studmbannführer
Dr. Giess am 9. II.1940.

Obersturmbannführer !

Da sowohl bei der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft wie bei dem Prager Volkswohnungsverein die Jahresabschlussarbeiten vor ihrer Beendigung stehen, würde eine sofort durchgeführte Revision einerseits die Arbeiten sehr beeinträchtigen und andererseits vor Abschluss dieser Bilanzierungsarbeiten nicht den richtigen Erfolg haben.

Die Beeinträchtigung der Abschlussarbeiten würde nicht nur durch die ständit notwendigen Rückfragen des Prüfers in der Buchhaltung, sondern vor allen Dingen durch die Unruhe entstehen, die dadurch zustande kommt, dass wiederum eine ausser Programm stehende Revision stattfindet. Denn wie der W-Studmbannführer Dr. Giess in der Besprechung vom 9.d.M. in anderem Zusammenhange erklärte, bedeutet eine ausserprogrammässige Revision immer eine Misstrauenserklärung. Das würde sich gerade im augenblicklichen Zeitpunkt auf meine Mitarbeiter bei den genannten Gesellschaften ausserordentlich ungünstig auswirken. Ich bitte

./.

240

deshalb, die geplante Revision auf etwa 2 Wochen hinauszuschieben.

Heil Hitler !

W-Obersturmführer



L1028

Tostmann V
1003 60
Der kommissarische Leiter des Bodenamtes

Ministerium für Landwirtschaft - IX. Sektion

Frist

Gruppe VIII - Finanzwesen

Abteilung: - Revision.

Ihr Zeichen:

Schreiben vom:

Unser Zeichen: B/Ha/Tie.

Schreiben vom:

Prag, den 20. Februar 1940.

Deutschenhof (Těšnov) Nr. 65.

Telefon: 60241.

An

SS - Obersturmführer Tostmann

Prag VII

U Smaltovny 3.

p.A. Gemeinnützige Siedlungs-
genossenschaft Ges.m.b.H.

Betrifft: Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft reg.G.m.b.H., Iglau.

Unter Bezugnahme auf die Besprechung am 9. 2. 1940 bei Herrn Oberregierungsrat Dr. Giess erlaube ich mir Sie der Ordnung wegen darauf aufmerksam zu machen, dass von Ihnen folgende Fragen zu klären sind:

- 1./ Herr Dr. Giess hatte Ihnen zur Pflicht gemacht, die zur Fertigstellung des I. Bauabschnittes noch nötigen Materialien sofort einzukaufen um einer Verteuerung der Gesamtgestehungskosten der Siedlung durch etwaige Preissteigerungen zu begegnen.
- 2./ Mit den Handwerkern und Unternehmern sind für die übertragenen und noch zu vergebenden Aufträge sofort juristisch einwandfreie Verträge abzuschliessen, um die Genossenschaft dagegen zu sichern, dass sie nicht bei Lohnsteigerungen willkürlichen Nachforderungen ausgesetzt ist und damit ^{die} Arbeiten zu fest zu vereinbarenden Preisen vergeben sind.

Herr Dr. Giess wünscht dabei keinesfalls Knebelungsverträge, sondern klare, feste Vereinbarungen, die Nachforderungen und spätere Prozesse wegen Preisdifferenzen ausschliessen.

- 3./ Herr Oberregierungsrat Dr. Giess hat Ihnen aufgetragen, mit Herrn Bürgermeister Dr. Engelmann zu verhandeln, damit der städtische Baudezernent Herr Baumeister Petschenka die Ueberwachung der gesamten Bauausführung unabhängig von der Bauleitung übernimmt und auch sämtliche Berechnungen und

Kostenberechnungen nachprüft.

Zu diesem Zwecke wollen Sie die Bauleitung anweisen, dass Herr Baumeister Petschenka alle hierzu benötigten Unterlagen und Aufschlüsse von den Beteiligten als ehrenamtlich von der Behörde des Reichsprotectors mit der Aufsicht beauftragten Sachverständigen zur Verfügung gestellt bzw.erteilt werden.

4./ Ferner wollen Sie mit Herrn Bürgermeister Dr. Engelmann eine Vereinbarung treffen, damit dieser auf dem Rathaus in Iglau einen Raum zur Verfügung stellt und einen Beamten beauftragt, dem ehrenamtlich die Erledigung sämtlicher Verwaltungsgeschäfte, die Rechnungs - und Aktenführung der Genossenschaft, betreffend,übertragen wird.

ed.

*Dr. Fischer: Nr. 7
Engelmann erledigt*

5./ Die pfandrechtliche Sicherung des Zwischenkredites von K 6,000.000.-- sollten Sie, nachdem die Eigentumsverbücherung des Grundstückes vollzogen ist, zu Gunstendes kommissarischen Leiters der IX. Sektion des Ministeriums für Landwirtschaft , Prag, sofort beantrage,

*1/ Kassenbuch genehmigt
2/ Kassenbuch liegt
im Kasten der
Genossenschaft
3/ Kassenbuch
ist abzugeben
in 1 Monat*

6./ Sie haben ferner umgehend der Behörde des Reichsprotectors zu Händen des Herrn Oberregierungsrates Dr. Giess eine schriftliche Erklärung abzugeben, aus welchem Grunde Sie K 500.000.- aus dem Guthaben bei der Kreditanstalt der Deutschen , Iglau und nicht nur K 300.000.-- der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft reg.G.m.b.H., Prag, zur Verfügung gestellt haben und wozu der Mehrbetrag von K 200.000.-- verwandt wurde.

1.0.

7./ In der Besprechung vom 9. 2. 1940 wurde Ihnen aufgegeben, für umgehende Rückzahlung der der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft reg.G.m.b.H., Prag zur Verfügung gestellten K 500.000.-- zu sorgen und falls dies nicht sofort geschehen kann, der Genossenschaft in Iglau ausreichende Sicherheit zu leisten.

11825

Ich bitte mir den Empfang dieses Schreibens zu bestätigen sowie Herrn Oberregierungsrat den Vollzug der Ihnen von

./.

diesem gemachten Auflagen zu bestätigen.

Einen Durchschlag der Vollzugsmeldung bitte ich der Gruppe VIII - Revisionsabteilung der IX. Sektion im Ministerium für Landwirtschaft, Prag II., Deutschenhof Nr. 65 zu übermitteln.

Heil Hitler !

i.A.

Fr. J. J. J.



51029

Jochen Tostmann
SS-Obersturmführer
Prag VII
U Smaltovny 3.

63
Prag, den 27. Februar 1940.

An den
SS-Obersturmbannführer
Dr. Bartholomeiczik,
Prag II.
Bodenamt, Wenzelsplatz 56.

Zur Ablage

1003

Betrifft: Aktenvermerk über die Besprechung bei SS-Obersturmbannführer Regierungsrat Dr. G i e s s vom 20. Februar 1940.

Obersturmbannführer!



Der oben angezogene Vermerk, der nicht mir persönlich, sondern einem Angestellten der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft ausgehändigt wurde, trägt auf Seite 3, Punkt 5, letzter Satz insofern eine Unrichtigkeit, als die von Ihnen vorgetragene, fehlende Ermächtigung über die Zahlung der weiteren 20.000.--RM von mir nicht bestätigt wurde. Ich habe hiezu in der Besprechung geschwiegen. Anschliessend an die Besprechung auf dem Flur habe ich erklärt, dass ich als Geschäftsführer der Iglauer Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft und als Vorstand des Prager Volkswohnungsvereines für diese Massnahmen selbstverständlich hafte.

Heil Hitler!

SS- Obersturmführer.

21022

Herrn SS-Sturmbannführer Baumann,

Prag II

Deutschenhof No. 65

II Dr.T/KB

15.Mai 1941.

Unter Bezugnahme auf die Besprechung mit Herrn Elvers am 14.4. 1941 bestätige ich hiermit, dass ich ausser den Herrn Elvers am 14.4.1941 ausgehändigten Abschriften der Aktenvermerke vom 15. und 18.August 1939 keine weiteren Schriftstücke bei den Akten aufgefunden habe, aus denen eine Bewilligung der monatlichen Bezüge des Herrn Tostmann von K 6.000.- durch SS-Oberführer v.Gottberg im Einvernehmen mit der Gruppe Gewerbliche Wirtschaft hervorgeht.

Gleichfalls sind bei den Akten keine weiteren Unterlagen vorgefunden worden, aus denen einwandfrei hervorgeht, ob es sich bei diesen Vergütungen um Gehalt oder Aufwandsentschädigungen handelt.

Heil Hitler !

13017